



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen



# Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

## Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1917

09.05.1917 - 6. Sitzung

---

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Bremen, Mai 1917.

## No. 6.

## Verhandlungen der Bürgerschaft.

Sitzung vom 9. Mai 1917.

Entschuldigt waren folgende Herren:

Achelis, Ed.  
 Achelis, Friz.  
 Apelt, Dr. jur.  
 Becker, Dr. med.  
 Berninghausen, Fr.  
 Biedermann, W.  
 Blanke, W.  
 Bohnenkamp, Chr.  
 Brinckmann, A.  
 Cramer, A. W.  
 Donath, H.  
 Fette, E.  
 Fohne, H.

Franke, Friz.  
 Franke, F. Aug.  
 Freje, Emil.  
 Gildemeister, Dr. jur.  
 Haase, F. W.  
 Hente, A.  
 Heumann, H.  
 Jürgens, Th.  
 Kaemena, H.  
 Kirbiß, Diedr.  
 Kohls, P.  
 Koenenkamp, W.  
 Krug, E.

Kruse, J.  
 Liesau, Dr. med.  
 Logemann, Fr.  
 Löwe, A.  
 Mehrtens, A.  
 Meyer, Friz.  
 Meyer, Heinr.  
 Müller, H.  
 Oldehoff, H.  
 Pappier, Fr.  
 Plath, Ad.  
 Probst, Prof.

Sager, H.  
 Sanders, Dan.  
 Schelb, H.  
 Schierenbeck, Ludw.  
 Specht, Chr.  
 v. Spretkelsen, A., Richter.  
 Stichnath, C.  
 Strube, Dr. jur.  
 Struckmann, Helmr.  
 Tietjen, Dan.  
 Binnen, F. A.  
 Wuppesahl, H. A.

Unentschuldigt fehlte niemand.

## Gegenstände der Tagesordnung:

|  | Verhandelt Seite |
|--|------------------|
| I. Mitteilung des Senats vom 1. Mai 1917:<br>Maßnahmen aus Anlaß des Krieges . . . . .   | 114              |
| II. Wahl der Verfassungsdeputation . . . . .   | 124              |
| III. Mitteilung des Senats vom 3. Februar 1917 und<br>Bericht der Budgetkommission (Nr. 1).<br>Budget für das Rechnungsjahr 1917.<br>Dazu Mitteilung des Senats vom 27. März 1917.<br>Haushaltsplan der Zollverwaltung für das<br>Rechnungsjahr 1917 . . . . . | 125              |
| IV. Mitteilung des Senats vom 24. April 1917:<br>1. Haushaltsplan des Schlachthofes für das<br>Rechnungsjahr 1917 . . . . .  | 131              |
| 3. Uebertragbarkeit von Positionen des Spezial-<br>budgets Nr. 97, D. II. 2. Straßenreinigung und<br>Abfuhrwesen . . . . .   | 132              |
| 4. Uebertragbarkeit von Positionen des Spezial-<br>budgets Nr. 97 E. Kanalbauamt . . . . .   | 132              |
| 5. Rückerstattung der Straßenbeiträge für den<br>Ausbau der Rattenturmer Heerstraße . . . . .  | 132              |

|   | Verhandelt Seite |
|---|------------------|
| V. Mitteilung des Senats vom 27. April 1917:<br>1. Nachbewilligung auf das Budget der Regierungs-<br>kanzlei und Uebertragbarkeit der Ausgabenposten<br>desselben . . . . . | 132              |
| 2. Staatliche Anstellung des Garderobeninspektors<br>im Stadttheater . . . . .  | 132              |
| 3. Uebertragbarkeit von Positionen des Budgets<br>des Amtsgerichts Bremen für 1916 und Nach-<br>bewilligung auf dasselbe . . . . .  | 132              |
| 4. Antrag, betreffend Verlegung der Nachmittags-<br>Büreaufstunden . . . . .  | 132              |
| 5. Generalkasse. Uebertragbarkeit einiger<br>Positionen . . . . .   | 132              |
| 6. Nachbewilligung auf das Budget der<br>Deputation für das Gesundheitswesen . . . . .  | 132              |
| VI. Antrag, betreffend den Kleingeldmangel . . . . .  | 132              |

Verhandelt Seite

- VII. Mitteilung des Senats vom 2. Dezember 1913:  
4. Aenderung der Hinterlegungsordnung und des Ausführungsgesetzes zum Deutschen Gerichtskosten-gesetz. (N. 3. Verh. gef.)
- VIII. Mitteilung des Senats vom 12. Mai 1914:  
3. Gesetz, betreffend Aenderung des § 26 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 18. Juli 1889. (N. 3. Verh. gef.)
- IX. Mitteilung des Senats vom 1. Oktober 1915:  
1. Feuerversicherung von Staatseigentum. (N. 3. Verh. gef.)
- X. Antrag, betreffend Zeit des Predigerunterrichts. (N. 3. Verh. gef.)

Verhandelt Seite

- XI. Mitteilung des Senats vom 31. März 1917:  
1. Aenderung der Staffelnbauordnung für die Stadt Bremen und das Landgebiet vom 7. Juli 1909.  
2. Aenderung des Gesetzes vom 14. Juli 1908, betreffend Anwendung der §§ 23 bis 25 der Bauordnung auf die Festsetzung von Bebauungsplänen. (N. 3. Verh. gef.)
- XII. Mitteilung des Senats vom 25. April 1917:  
Antrag, betreffend das Wohnungs- und Siedelungs-wesen. Wohnungsmangel. (N. 3. Verh. gef.)
- XIII. Mitteilung des Senats vom 4. Mai 1917:  
1. Aenderung des Gesetzes, betreffend die Organisation der Zollverwaltung.  
2. Anstellungs- und Besoldungsverhältnisse der Pandarbeitslehrerinnen. (N. 3. Verh. gef.)

Herr Dr. Quidde präsidiert.

Eröffnung der Sitzung 6 Uhr 21 Minuten.

Das Protokoll der vorigen Sitzung wird genehmigt.

Präsident: Zu Senatskommissaren sind für die Verhandlungen, betreffend Maßnahmen aus Anlaß des Krieges, die Herren Senator Bömers und Senator Dr. Spitta bestellt.

Eingegangen ist eine Eingabe des Bremer Musiker-Vereins von 1871, betreffend das Tivoli-Orchester, dazu Schriftstücke des Allgemeinen Deutschen Musiker-Verbandes, des Direktors des Tivoli-Theaters und eine nachträgliche Eingabe des Bremer Musiker-Vereins von 1871.

Herr Rhein hat folgenden Antrag gestellt, der sich mit demselben Gegenstand beschäftigt:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Eingabe des Bremer Musiker-Vereins von 1871 mit den dazu eingegangenen Schriftstücken der Deputation für das Städtische Orchester und das Stadttheater zur Prüfung und Berichterstattung zu überweisen.

Die Eingabe liegt mit den anderen Schriftstücken von morgen ab in der Kanzlei zur Einsicht aus.

Nr. I der Tagesordnung:

### Mitteilung des Senats vom 1. Mai 1917:

#### Maßnahmen aus Anlaß des Krieges.

Senatskommissare: Herr Senator Bömers und Senator Dr. Spitta.

Senatskommissar Herr Senator Bömers: Herr Präsident! Meine Herren! Die Kriegsdeputation wendet sich heute erneut an Sie mit dem Antrage, ihr M 15,000,000.— neue Mittel bewilligen zu wollen. Die Höhe dieses Betrages zeigt Ihnen, wie sehr die Geschäfte der Kriegsdeputation und vor allem die der Lebensmittelkommission gewachsen sind.

Meine Herren! Seitdem die Kriegsdeputation das letzte Mal die Ehre hatte vor Ihnen zu erscheinen, haben wir lange Wochen und Monate eines ungewöhnlich strengen Winters durchgemacht. Länger als man zu Beginn des Jahres annehmen konnte, nämlich volle zehn Wochen, ist jede Kartoffelverladung unmöglich gewesen. Wenn es trotzdem in Bremen gelungen ist, der Bevölkerung pro Tag drei Pfund Kartoffeln während der ganzen Dauer des Frostes auszuteilen, so haben wir diesen Vorzug vor den meisten andern Städten den Reserven zu danken, die wir uns gesichert hatten aus den Ueberschüssen der Privathaushaltungen, die Kartoffeln für den Winter eingelagert hatten.

Meine Herren! Es ist uns wohl bewusst, wie viel Aerger und Enttäuschung die Abgabe dieser Kartoffeln in allen Haushaltungen und namentlich bei Hausfrauen verursacht hat, aber alle diese Haushaltungen und vor allem die Hausfrauen, mögen sich trösten lassen durch die Empfindung, daß sie an ihrem Teil beigetragen haben, der bremischen Bevölkerung das Durchhalten zu ermöglichen, dieses Bewußtsein mag ihnen nachträglich Genugtuung gewähren, jedenfalls spreche ich namens der Lebensmittelkommission allen denen, die uns durch Abgabe von Kartoffeln geholfen haben, hiermit herzlichen Dank aus. Wenn wir nun auch schließlich in Bremen in der Lage waren, drei Pfund Kartoffeln dauernd beizubehalten und damit immerhin besser standen als die meisten andern deutschen Städte, so darf man doch nicht vergessen, daß in der Zeit des strengen Frostes, in welcher der Körper auf besonders gute Ernährung angewiesen war, wir im wesentlichen die Bevölkerung neben dem Brot auf Rübennahrung setzen mußten. Hinzu kam verschärfend, daß, je länger der Frost dauerte, um so schlimmer der Mangel an Kohlen wurde. Reich und arm haben lange Wochen in Bremen in ungeheizten oder schlecht erwärmten Räumen sitzen müssen. Alle diese Unbilden und Entbehrungen hat die bremische Bevölkerung in nicht hoch genug anzuerkennender Weise mit Geduld und Verständnis getragen. Ich freue mich, namens der Kriegsdeputation hierfür nachträglich herzlichen Dank sagen zu können.

Heute, meine Herren, bin ich in der angenehmen Lage, Ihnen zu erklären, daß die bremische Ernährung nach aller Voraussicht bis zur nächsten Ernte gesichert ist, und ähnlich wie in Bremen dürfte es auch in andern deutschen Städten sein, so daß wir mit vollstem Vertrauen in Deutschland der Zukunft entgegensehen können. Wie aber steht es nun bei unsern Feinden? Unser Nachbar im Osten, das große russische Reich, das sonst in Friedensjahren die Kornkammer Europas war, kommt aus den Ernährungs-schwierigkeiten nicht mehr heraus. Der ganze russische Kolos scheint rissig und brüchig geworden zu sein, und es sieht nicht so aus, als ob es den zeitigen Machthabern in Petersburg gelingen wollte, ihr Land vor völliger Desorganisation und Zerrüttung zu bewahren. Und, meine Herren, im Westen: Unsere U-Boote haben herrliche Arbeit getan! Ich kann Ihnen die Versicherung geben, die bremische Lebensmittelkommission würde keine Lust haben, mit den Sorgen des Ernährungsamtes in London zu tauschen. (Sehr gut!) Meine Herren! Die Leistungsfähigkeit unserer Werften, die Tüchtigkeit und Arbeitsfreudigkeit ihrer Arbeiter, und vor allen Dingen der heldenhafte Wagemut unserer Marine, sie bürgen uns dafür, daß unsere U-Boote ganze Arbeit machen und daß schließlich dem deutschen Volke ein Friede beschert wird, der die Opfer, Entbehrungen und Leistungen unseres herrlichen Volkes lohnt! (Lebhafter Beifall).

Herr Hagemeyer: Während unsere Soldaten an der Front kämpfen, hat die Heimat die Aufgabe, die

wirtschaftliche Not zu lindern und einem Lebensmittel-mangel, soweit als möglich, vorzubeugen. Die wirtschaftliche Not sucht man in Deutschland zu lindern einmal durch die Reichsunterstützungen, ferner durch die Organisation des Roten Kreuzes, welche in Bremen besonders gut ausgebaut ist; die Kriegsdeputation hat sich dafür allein auf monatlich 600 000—700 000 M eingerichtet, dann durch Teuerungszulagen, die das Reich, die Bundesstaaten und die Kommunalverwaltungen den Arbeitern und Beamten geben. Wir brauchen jetzt monatlich rund 90 000 M, und es ist den Herren bekannt, daß ein weitergehender Antrag der Kriegsdeputation bereits zur Prüfung überwiesen ist. Als neues kommt hinzu, daß die Hinausendung von Kindern aufs Land erfolgen soll, wofür auch Mittel in unserem Budget vorgesehen sind. Und nicht zuletzt glauben wir, daß nach Bremens Vorbild in Deutschland wesentlich zur Linderung der Not beiträgt, daß der Zwischen- und Kleinhandel zur Arbeit mit herangezogen wird, und so vielen Beschäftigung und Verdienst gegeben werden. Die 15 Millionen, die wir heute erbitten, wovon 13 Millionen für die Lebensmittelkommission sind und von denen hoffentlich 10—11 Millionen wieder hereinkommen, werden in der Zeit gebraucht, wo das zweite deutsche Erntejahr zu Ende geht und das dritte beginnt, in dem 70 Millionen Menschen, die im Frieden sehr wesentlich auf den Bezug vom Auslande angewiesen waren, jetzt zum dritten Male von den Erzeugnissen des deutschen Bodens ernährt werden müssen. Da wird natürlich außerordentlich viel kritisiert werden. Es wird viel über Fehlgriffe, insbesondere über die Politik, die der Landwirtschaft gegenüber eingeschlagen ist, geredet, und je nachdem der Einzelne Beruf und Heimat hat, fällt die Kritik sehr verschieden aus. Der Landwirt wird anders urteilen, wie der Gewerkschaftler, der Bankier anders, wie der Lehrer, der Bayer anders, wie der Berliner, und der Ostfrieser anders, wie der Pommer. Ich habe das Gefühl, daß die Schwierigkeit der richtigen Politik gegenüber der Landwirtschaft sehr wesentlich darin liegt, daß zuviele Köpfe und Instanzen mitreden: die Vertreter der Landwirtschaft, des Städtetages, die Gewerkschaften, der Reichstagsausschuß, und zuletzt die öffentliche Meinung, auf die manchmal zuviel Rücksicht genommen wird. Viel weniger der Kritik ausgesetzt ist die eigentliche Rationierung der Lebensmittel, wenn auch eine große Menge Unvollkommenheiten nicht zu vermeiden sind; das ist selbstverständlich, daß man Lebensgewohnheiten, die Jahrzehnte alt sind, nicht so schnell umkrempeln kann.

Wenn ich auf die bremische Versorgung komme, so kann ich mit Genugtuung sagen, daß es gelungen ist, die eigene Produktion in den Kriegsjahren wesentlich zu heben. Wir hoffen, daß unsere Kartoffelerzeugung immer mehr dazu beitragen wird, den Bedarf zu befriedigen. Ferner ist es uns gelungen, im Staatsgebiet soviel Milch zu produzieren, daß wir über die

Hälfte des Bedarfs selbst decken können. Mit der andern Hälfte sind wir auf die freundschaftliche Gesinnung der umliegenden Kreise angewiesen, und ich kann danken für das Wohlwollen, welches besonders die Oldenburger Verwaltung uns entgegenbringt. — Dann will ich auf die Kleintierzucht verweisen. Als im Anfang des Krieges von der Kaninchenzucht gesprochen wurde, da wurde gelacht, und heute ist durch Umfrage in den Schulen festgestellt, daß über die Hälfte der Kinder in den Häusern Kaninchen züchten und mästen. — Ferner können wir noch auf einen großen Erfolg in unseren Bestrebungen hinweisen: Die Zahl der Parzellisten hat sich gegen Anfang des Krieges ungefähr verdoppelt, ferner sind wir jetzt dabei, ein Kraftfutterstroh, das für 3600 Pferde reicht, herzustellen, im ganzen gibt es im Bremer Staatsgebiet einschließlich der Pferde bei den Selbstversorgern 4200. Hinzukommt nun die Organisation der älteren Schuljugend, die den Parzellisten und der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt wird mit der Bitte, auch recht ausgiebig Gebrauch davon zu machen.

Bei aller Fürsorge für die Produktion vergessen wir nicht die Aufgabe der rechtzeitigen Heranschaffung der Lebensmittel, die uns vom Reiche zugewiesen werden. An der Menge können wir nichts ändern, wohl aber, daß sie rechtzeitig kommen. Unser größtes Augenmerk richten wir ferner darauf, daß das System der Einzelverteilung immer besser ausgebaut wird; und da sind wir unermüdet bestrebt, neues und besseres zu schaffen. Hierzu ist als weitere Aufgabe die Kohlenversorgung gekommen, und neu wird hinzukommen die Versorgung mit den nötigen Kleidungsstücken. Dafür ist eine große Summe in den 15 Millionen enthalten, die wir von Ihnen erbitten.

Unsere Tätigkeit hat uns so mit einer großen Anzahl Angehöriger der verschiedensten Berufsgruppen in Bremen in Fühlung und Verbindung gebracht, und jemehr die einzelnen Gruppen bereit sind, mit uns zu arbeiten, eine um so engere Fühlung ist es geworden. Je mehr aber die einzelnen Gruppen geglaubt haben, sich beschränken zu müssen auf Kritik und Kontrolle, je weniger sind wir mit ihnen warm geworden.

Ich darf mich hinsichtlich meiner Auffassung von der Lage den Worten von Herrn Senator Bömers anschließen. Ich habe das Gefühl, daß wir in diesem zu Ende gehenden Erntejahr nicht schlechter, sondern etwas besser daran sind als im vorigen Jahre. Ich habe viel weniger Sorge als im vorigen Jahre. Und wenn man die Aussichten der neuen Ernte betrachtet, so kann ich mich wohl dahin aussprechen, daß nach dem Urteile vieler Sachverständigen das Wintergetreide gut erhalten geblieben ist; bei der Kartoffelversorgung haben wir im vergangenen Jahre eine schlechte Ernte gehabt, wir haben im vergangenen Jahre 23 bis 24 Millionen Tons geerntet, während wir in normalen Jahren 40 bis 50 Millionen Tons haben, und es müßte ein unglücklicher Zufall sein, wenn wir wieder

eine solch schlechte Ernte haben würden, wie im vorigen Jahre. Ich glaube, daß wir heute mit vollem Vertrauen in die Zukunft blicken können. (Bravo!)

Herr Blome: Wir werden wie früher auch diese 15 Millionen bewilligen. Es ist selbstverständlich, daß zur Ernährung Geld gehört. Das werden wir auch bewilligen müssen, aber wir haben daran einige Wünsche zu knüpfen. Es ist mir eine gewisse Genugtuung, daß an maßgebender Stelle die Versehen, die früher gemacht sind, — selbst in der Versorgung, die hatte Herr Hauptmann Heeringen in einer hier stattgefundenen Versammlung zugegeben. — Die Fehler, die gemacht sind, müssen beseitigt werden. Es ist uns früher, wenn wir uns erlaubten, Kritik zu üben, immer gesagt, das sei nicht wahr. Mir persönlich ist es häufig so ergangen und meinen Freunden ebenfalls. Gerade in bezug auf die Kartoffeln haben wir eine schlechte Ernte gehabt. Da mußte man sich sagen, daß damit besonders umgegangen werden mußte. Das Kartoffelgeschäft ist ein Spezialgeschäft, und da müssen Fachleute sein. Es wurde gesagt, es seien Fachleute zugegen. Aber wir erfahren, daß ein großer Teil der Kartoffeln erfroren ist. Gewiß trug der Winter dazu bei. Man konnte nicht annehmen, wo wir jahrelang keinen rechten Winter gehabt hatten, daß nun auf einmal auch die Natur auf uns einwirken wolle und uns einen schlimmen Winter senden würde. Aber wie die scharfe Kälte einsetzte, da mußten wir uns sagen, daß er schärfer werden würde, und da mußten wir Vorsichtsmaßnahmen ergreifen. Vor allem erbitterte es, daß die Klagen immer mit einem glatten „Nein“ und „das ist nicht wahr“ abgewiesen wurden. Man konnte sehen, daß waggonweise Steckrüben auf dem Strande tagelang standen, wenn auch die Steckrüben es eher ertragen können, als die Kartoffeln. Wenn aber die Steckrüben ins Lager hineinkommen und schon vom Froste erfaßt sind, dann werden sie schneller verderben. Wenn man schon Gelegenheit hatte, Kartoffeln hierher zu bekommen, dann hätte man sie schneller abliefern und einkellern müssen. Doch das sind vergangene Sachen, wir wollen darauf nicht zurückkommen, wir wollen hoffen, daß das zutrifft, was Herr Senator Bömers sagte, daß wir für die Zukunft mit Lebensmitteln gesichert sind. Dazu möchte ich bitten, daß wo man Schule gemacht hat, daß man dies auch ausnützt, damit wir im nächsten Winter die Bevölkerung besser mit Kartoffeln versorgen können. Man könnte noch viel reden, aber das verlohnt sich nicht; der Winter ist vorüber. Jedenfalls ist das klar, daß es ratsamer ist, die Leute die Kartoffeln selbst einkellern zu lassen, soviel sie gebrauchen. Sie können rationiert werden, genau so, wie heute, nämlich so, daß die Leute nicht eher daran gehen, bis die Zeit abgelaufen ist. Alle Leute, die Kartoffeln eingekellert haben, die haben sie erhalten, und es müßte beruhigender sein für den Senat und die Kommission, wenn die Bevölkerung, anstatt daß

die Kartoffeln verfaulen, aufgegesen hätte, selbst wenn ein Zentner mehr aufgegesen wäre. Das wäre richtiger, als daß man den Leuten erst die Kartoffeln gibt und sie dann wieder abholt. Und dann müssen wir erleben, daß heute viele ihr Geld noch nicht wieder haben für die Kartoffeln, die sie zurückgeliefert oder zu wenig erhalten haben. Auch diese Organisation funktionierte nicht. Wenn die Leute hinkommen und ihr Geld holen wollen, dann wird ihnen gesagt: Müssen Sie denn dafür Brot holen? Oder es heißt: Ist das so eilig? Das ist keine Redensart. Das sollte man unterlassen, vor allem, wenn man darauf Bedacht nimmt, daß die Erbitterung nicht Platz greifen soll. In einer Zeit, die so erregt ist, wie die heutige, da muß alles getan werden, um das Publikum möglichst zufrieden zu stellen. Auch die Verteilung müßte etwas besser gechehen. Ich entsinne mich noch sehr genau der ersten Sitzung, die wir hier im Saale hatten, wo mit der Rationierung begonnen werden sollte. Da hat Herr Senator Spitta erklärt: Allen Leuten, die ehrenamtlich tätig sind, denen lege ich ans Herz, ein möglichst soziales Verständnis an den Tag zu legen. Das scheint in Bürokratismus übergegangen zu sein. Man scheint nicht mehr das Gefühl zu haben, denn die ehrenamtlich tätigen Herren und Damen werden nicht mehr wie anfänglich bewertet. Denn heute haben Sie es sehr oft, daß, wenn ehrenamtliche Herren es nach gutem Gewissen machen und verteilen, von oben herunter einfach der Befehl kommt: „So soll es gemacht werden.“ Dann erlebt man aber, daß es nicht immer gleichmäßig gemacht wird. Damit ist das soziale Verständnis der Leute in den Wind geschlagen. Das hat gar keinen Sinn. Die Damen und Herren sollen doch freie Hand haben. Wo bleibt da die Ellbogenfreiheit, wenn von besoldeten Beamten die Richtlinien gemacht werden, die vielleicht ein Verständnis für das bessere Publikum haben, aber im allgemeinen nicht. Es gehört dazu, daß sie auch für die unteren Stände ein soziales Verständnis haben. Mir hat einmal ein Herr gesagt, den ich in sozialer Hinsicht hochschätze: „Was ist, sollte man eigentlich an richtiger Stelle sagen,“ ganz meine Meinung — „aber nicht bloß den Arbeitern.“ Man sollte auch an anderer Stelle sagen, was eigentlich ist und wo der Hebel anzusetzen ist; das sollte man nach oben hinauf auch tun. Und es ist nicht immer richtig, daß die Leute, die angestellt sind, glauben, sie dürfen oben nicht anstoßen. Man soll allen Schichten der Bevölkerung seine Meinung sagen, das ist das Richtige. Und dann kommt noch hinzu, daß einzelne Leute sich sehr gut eingedeckt haben, was wir „hamstern“ nennen, aber ein großer Teil der Bevölkerung muß sich sein Brot mit Tränen aus der Brotausgabestelle erbitten. Das ist ein Zustand, der nicht haltbar ist. Ich stehe auf dem Standpunkt, den auch Herr Hauptmann Heering vom Kriegsamt vertritt: „Wenn wir hungern müssen, dann wollen wir gemeinsam hungern, um durchzuhalten.“ Das sollte man nicht den einzelnen

Leuten überlassen. Es wurde auch seinerzeit, als die Bestandsaufnahme gemacht wurde, gesagt, es sei nichts gefunden. Ja, Herr Präsident, die Bestandsaufnahme hat einen eigenen Haken. Man hat die Beobachtung gemacht, daß man Schinken, Mettwurst, Speck aus Räumen geholt hat, wo sie eigentlich nicht hingehörten, nämlich aus Salons, und daß man sie mit Wagen abgeholt und weggefahren hat. Teilweise waren sie schon in Fäulnis übergegangen, und das ist auch in Bremen passiert. Solche Sachen müssen aufhören, wenn man die Bevölkerung im allgemeinen beruhigen will. Es ist dieser Tage gesagt, daß hochstehende Leute aus ihren Autogaragen Ruhställe gemacht haben. (Sehr richtig!) Das ist richtig insofern, wenn es der Allgemeinheit zugute kommt, was ich natürlich bezweifle. Auch heute wird gesagt, daß bei der Landbevölkerung Haus-suchungen gehalten und Bestandsaufnahmen gemacht werden. Ich bin überzeugt, wenn Haus-suchungen, wie sie sein sollten, gemacht würden, dann würde noch viel herausgeholt werden. Man verurteilt das Hamstern, aber man bewertet es anders. Man meint, Hamstern sei, wenn die Leute Sonntags aufs Land gehen und versuchen, ein Duzend Eier zu holen. — Nein, Hamstern ist, wenn die Bauerfrauen von außen hereinkommen, an jedem Markttag und noch dazwischen, nach den verschiedenen Stadtteilen der Stadt gehen und drei, vier, fünf Pfund frische Butter und einige Duzend Eier bringen, das nennt man eher Hamstern. (Zuruf: Gibt's ja gar nicht!) Ich habe es festgestellt. Herr Busch, wenn man mir die Gewalt geben wollte, welche die Polizei hat, dann sage ich Ihnen: Ich würde schon etwas finden. Ich würde nicht in den Speisekammern suchen, sondern in den Kaminen und Salons. Es sichert durch in der Bevölkerung, wo die Vorräte sind, die Leute haben Dienstmädchen und andere Leute kommen hinein, denen das nicht verschwiegen bleibt. Bei solchen Leuten, die mit ihrer Brotkarte und sonstiger Rationierung auskommen müssen, tritt dann Erbitterung ein, dann kommen auch Äußerungen, die man nicht gerne hört. Wenn wir durchhalten, dann wollen wir gemeinsam durchhalten und auch gemeinsam hungern. Das ist der richtige Standpunkt. — Auch in bezug auf die Verteilung der Waren glaube ich, daß nicht ganz korrekt verfahren wird. Herr Hagemeyer hat eben den Kleinhandel angeführt. Häufig wird, wie die Kommission sich ausdrückt, Unfug getrieben. Sie werden häufig erfahren, daß, wo heute doch die Leute an jedermann verlaufen müssen, daß sie den engeren Kreis ihrer Kunden bevorzugen. Ich habe die Erfahrungen gemacht, daß das häufig vorkommt. Das ist unter diesen Verhältnissen nicht richtig, daß einzelne Krämer und Detaillisten hinreichend Butter bekommen und anderes Fett, das muß besser und gleichmäßiger verteilt werden. Dann wird Zufriedenheit da sein. In letzter Zeit soll es besser geworden sein, wollen hoffen, daß es so bleibt.

Ich erinnere besonders an die Punkte der Versorgung mit Feuerung und Licht. Daß die Anlieferung

von Feuerung durch den Frost schwer geworden ist, ist mir sehr wohl bekannt, ebenso, daß auch das Eisenbahnmateriale, wie jedes Materiale mit der Zeit ausschleißt und nicht so leicht ersetzbar ist. Aber ich meine, es muß alles getan werden, um die Bevölkerung vor dieser Kalamität zu schützen. Wie es im Winter selbst bei Rationierung von Kohlen und Koks zugegangen ist, das ist, muß ich sagen, ein unhaltbarer Zustand. Allerdings ist das eine neue Organisation. Aber diese Organisation muß ebenfalls ausgebaut werden, die bedarf einer Remedur. Anfangs, als Kohlen und Koks von den Verbrauchern ohne Ordnungsmarken geholt wurde, da hat man es erleben können, daß am Gaswerk Frauen 8 Stunden gestanden haben, von morgens 4 bis mittags 12—1 Uhr, ehe sie herankamen. Es ist immer bei solchen Gelegenheiten ein großes Gedränge, und es gibt bei solchen Gelegenheiten immer unverständige Menschen. Diejenigen, die verständnisvoll sind, sind gewöhnlich die Leidtragenden, sie müssen zusehen, wie andere was bekommen, müssen sich schieben, drängen und drücken lassen. Nachdem dann die Ordnungsmarken ausgegeben waren, ist es etwas besser geworden. Aber auch da ist es noch nicht das richtige. Denn morgens, als die Ordnungsmarken ausgegeben wurden, als der Winter in voller Blüte war, da standen die Leute von 6, 7—8 Uhr an bei den Ausgabestellen, Frauen und Kinder, stundenlang und froren, dann gingen sie mit den Ordnungsmarken nach Hause und später nach dem Gaswerk. Da war es wieder gedrängt voll, so daß sie oft tagelang warten mußten, um ihren halben Zentner Koks zu bekommen. Das ist ein Zustand, der sich nicht aufrecht erhalten läßt. Auch hier hat man im Kleinhandel einen großen Fehler gemacht. Die Kohlenhändler gehen in der rigorossten Weise vor. Da muß man vorgehen und den Leuten das Handwerk legen. Die Kohlenhändler sind so renitent, daß sie Leute einfach zurückweisen, die sie sozusagen nicht leiden mögen oder so. Das ist ein Zustand, der darf nicht sein. Das ist ein verkehrtes Ding. Ich habe sehr häufig gehört, daß sie Leute zurückgewiesen haben und ihnen gesagt haben: „Wo haben Sie denn früher Kohlen geholt? Da gehen Sie nur wieder hin!“ Aber die Bevölkerung hat zur Hälfte überhaupt keine ständigen Lieferanten, sondern die Frauen und Kinder gehen nach den Kohlenschuppen, um sich Kohlen zu holen, haben aber keine ständigen Kohlenlieferanten. Aber die Kohlenhändler geben keine Kohlen heraus an Leute, die früher nicht bei ihnen gekauft haben, damit sie sich für die Zukunft ihre Kundenchaft erhalten. Das ist die ganze Geschichte. Da müßten von seiten der Deputation Verkaufsstellen eingerichtet werden. Diesen Leuten sollte man den Kohlenvertrieb nehmen. Sie könnten meinerwegen angestellt werden. Sie sollen nicht brotlos gemacht werden. Aber es müssen Kohlenkontrolleure, ehrenamtliche oder amtliche, angestellt werden. So muß die Geschichte gemacht werden, sonst wird es im nächsten Winter noch schlimmer wie jetzt in der kurzen Zeit des

Winters, die wir haben durchmachen müssen, weil ein großer Teil der Bevölkerung sich eingedeckt hatte. Aber wenn wir wieder einen langen Winter bekommen, und die Leute haben sich nicht eindecken können — ich weiß nicht, was die Deputation gedenkt, wie es im nächsten Winter gemacht werden soll. Es muß ebenfalls rationiert werden auf dem Kohlenmarkt. Wenn wieder Kohlenmangel ist, ist es notwendig, daß das gemacht wird, damit nicht einzelne Leute Koks und Kohlen einhamstern und andere Leute nicht mehr soviel bekommen, daß sie sich in der Küche, wo sie auch wohnen, ihr Essen kochen können. So etwas muß Erbitterung hervorrufen, und die werden wir nicht aufhalten können. Wir müssen aber doch alles tun, um sie zu vermeiden. Ich habe aus den angeführten Gründen die Sache zur Sprache bringen müssen und das Augenmerk darauf gelenkt, damit es im nächsten Winter etwas besser wird als im vorigen Winter.

Dann möchte ich noch auf einen Punkt hinweisen, auf die Unterstüzungen. In dem Bericht wird gesagt, daß aus der Summe auch Unterstüzungen gegeben werden, darum habe ich wohl das Recht, jetzt darauf einzugehen. Mit den Unterstüzungen ist es eine eigene Sache. Da wird, meine ich, nicht nach bestimmten Richtlinien gearbeitet. Für manche Leute, die nach meinem Dafürhalten nicht bedürftig sind, wird die Bedürftigkeit festgestellt, und sie bekommen Unterstüzungen, auch vom Roten Kreuz. Ich will nicht sagen, daß sie nichts erhalten sollen — das steht nicht auf meinem Programm (Heiterkeit), aber die wirklich Bedürftigen speißt man einfach ab. Man sucht ohne weiteres nachzuweisen, ob sie hier noch ein paar Pfennige und dort ein paar Pfennige haben. Mir ist ein Fall bekannt — vor ein paar Stunden habe ich noch nachgefragt. Es handelt sich um eine Familie mit fünf Kindern. Die Frau ist seit ein paar Jahren tot, der Mann seit November eingezogen. Es handelt sich natürlich um eine Wirtschaft. Es sind fünf Kinder. Das älteste ist ein Mädchen von 23 Jahren, das führt die Hauswirtschaft, das jüngste Kind ist 7 Jahre alt. Sie haben natürlich ein eigenes Haus. Ob das aber verschuldet ist, darnach fragt keiner, wieviel Hypotheken auf dem Hause liegen. Die Etage für 550 M. steht leer, sie konnte nicht vermietet werden, weil sie zu teuer ist. Als die Leute um Unterstüzung nachsuchten, wurden sie abgewiesen, es wurde ihnen gesagt: „Ihr Vater hat Vermögen.“ Und dabei beteuerte das Fräulein: „Wir haben keinen Pfennig Geld.“ Das Gesuch wurde aber einfach abgelehnt: „Ihr habt Vermögen.“ Aber von dem eigenen Haus können sie doch nichts abschneiden. Mit den Wirtschaften ist es überhaupt ein eigenes Ding. Sie sind durch den Krieg in eine schlimme Lage gebracht, man hört überall Klagen von den Wirtschaften, und Sie wissen, daß die meisten Wirtschaften heute so gestellt sind, daß sie nicht leben und nicht sterben können. Bei dem bißchen Bier, das sie noch kriegen, verdienen sie so wenig, daß ein Lebens-

unterhalt ausgeschlossen ist. Und wenn der ganzen Familie die Unterstützung entzogen wird, stehen die Leute vor dem Ruin. Da müßte jedenfalls etwas geschehen, etwas geschaffen werden, und es wäre sehr zu empfehlen, wenn die Deputation darauf ein Augenmerk richten möchte.

Dahingegen sind oftmals, sehr häufig die Leute, die eingezogen sind, die Beamte sind, womöglich Feldwebel, Offizierstellvertreter, Feldwebelleutnant, die bekommen ihr volles Gehalt. Ja, ich habe Ausdrücke gehört von Frauen dieser Männer, sie wünschten, daß ewig Krieg wäre. Tausende von Mark haben sie auf die Ecke gelegt. Ich will nicht sagen, daß diese Leute nicht weiterbezahlt werden sollen, aber ich kann nur wiederholen: Wenn wir durchhalten müssen, wollen wir gemeinsam durchhalten, gemeinsam das Leid tragen, das über uns hereingebrochen ist. Wir können nicht dulden, daß einzelne in Hülle und Fülle haben, und andere am Hungertuch nagen müssen. Das veranlaßt Bitterkeit, und die müssen wir zu vermeiden suchen. Wir wünschen deshalb, daß dies geändert wird. Daß diese Leute ihr Gehalt bekommen, dagegen haben wir nichts, aber es muß denjenigen, die nicht in einer so glücklichen Lage sind, derartige Posten zu besetzen, auch Gelegenheit gegeben werden zum Leben, das ist notwendig.

Dann habe ich in dem Bericht eine Position gefunden, über die ich gern Auskunft haben möchte. Es steht hier „Jugendorganisationen 252 400 M.“ Ich möchte wissen, wofür das sein soll. Ich bin der Meinung, daß eine derartige Summe, die so riesig erscheint, spezialisiert werden sollte, wenigstens soweit es möglich ist, so daß man sich daraus vernehmen kann. Ich habe mir schon gesagt, es könnte vielleicht sein, daß es sich dabei auch um den Jung-Deutschland-Bund für Herstellung von Gemüseland handeln könnte, aber das kann nicht der Fall sein, weil dafür eine besondere Position „Herstellung von Gemüseland 214 000 M.“ vorhanden ist. Das kann also nicht zutreffend sein. Ich möchte also hierüber Auskunft haben.

Im übrigen stimmen wir der Kreditbewilligung zu mit dem Wunsche, daß so verfahren werde, wie ich vorgetragen habe. Wenn im Anfang des Krieges gesagt worden ist: Wir kennen keine Parteien, so sollte damit doch wohl auch gesagt werden: Wir kennen keine Standesunterschiede, wir kennen nur Deutsche hier, wir sind gemeinsam angegriffen, wir haben gemeinsam zu kämpfen, wir haben ein gemeinsames Los zu tragen, wenn es sein muß, werden wir hungern, aber wir wollen dann gemeinsam hungern, und wenn wir frieren müssen, gemeinsam frieren. (Beifall links.)

Herr Hermann: Herr Präsident! Meine Herren! Ich kann Herrn Blome darin recht geben, daß man sagen muß, was ist, aber man muß sagen, was ist, wo es am Plage ist. Und es kommt auch nicht nur darauf an, daß man sagt, was ist, sondern es kommt

auch darauf an, wie es gesagt wird. Wenn derartige Dinge vorgebracht werden in einer Weise, daß daraus hervorgeht, es liegt dem Redner lediglich daran, daß Mängel abgestellt werden, so wird er die Unterstützung der gesamten Bürgerschaft finden. Wenn man aber heraus hört, daß nur Vorwürfe gerichtet werden sollen gegen diejenigen Stellen, die sich seit drei Jahren bemühen, im Schweiße ihres Angesichts für ihre Vaterstadt nach besten Kräften zu sorgen, dann betrübt das geradezu. Eine große Reihe von Kräften steht in schwerer Arbeit im Dienste unserer Vaterstadt. (Sehr richtig!) Die ehrenamtliche Tätigkeit beim Roten Kreuz ist derartig groß, glaube ich, wie in keiner anderen Stadtgemeinde Deutschlands. In dieser Arbeit sind hier 3—4000, vielleicht noch mehr ehrenamtliche Kräfte tätig, Tag und Nacht, sie bemühen sich nach besten Kräften, ihren Mitbürgern in dieser schweren Zeit zu helfen. Das sollte vor allen Dingen anerkannt werden. Gewiß kommen bei dieser Arbeit Mängel, ja direkt Fehler vor. Das ist aber selbstverständlich bei einer solchen Riesenorganisation, wie sie in Bremen aus dem nichts heraus geschaffen wurde zu Anfang des Krieges. Vom ersten Tage an haben wir lernen müssen, und heute noch müssen wir lernen, und wir haben aus den Erfahrungen der Jahre der angestrengten Arbeit sehr viel gelernt. (Sehr richtig!)

Herr Blome hat davon gesprochen, daß wir bei den Landwirten genau nachsehen sollten, in bezug auf ihre Vorräte. Meine Herren! Ich bin in verschiedenen Gemeinden des Kreises Stade und 14 Tage im bremischen Landgebiet tätig gewesen und habe Nachschau gehalten. Wir haben genau Nachschau gehalten, ein sachverständiger Landmann, ein Getreidemakler und drei Militärpersonen sind dabei gewesen, und in anderen bremischen Gemeinden ist eine Kommission noch heute dabei, genaue Nachschau zu halten. Meine Herren! Ich kann sagen, ich habe in keinem einzigen Falle gefunden, daß böswillig irgend etwas unterschlagen war. Wir haben wohl gefunden, daß einzeln noch etwas abgegeben werden mußte, es handelte sich aber um keine namhaften Mengen, und niemand hat sich geweigert, nachdem er aufgeklärt war, abzuliefern, so daß wir nirgends genötigt waren, Gewalt anzuwenden. Man hat uns auch in verschiedenen Fällen Wagen zur Feststellung der Mengen herangeholt. Gewiß, Hamsterei wird getrieben. Ich selbst habe das Hamstern hier gerügt. Ich bin aber auch der Meinung — mit Herrn Blome —, daß man das Heranschaffen kleiner Beträge, wenn sich jemand ein Pfündchen Butter oder ein paar Eier vom Lande mitbringt, nicht als Hamstern bezeichnen kann. Nur wenn es sich um größere Beträge handelt, wodurch man sich auf lange Zeit zu sichern versucht, das versteht man unter dem Ausdruck Hamstern. Ich habe besonders gerügt, wenn sich so etwas im großen abspielt, wenn Leute ausgehen und die höchsten Preise bezahlen, um ihrem Haushalt Vorteile gegenüber anderen Mitbürgern zu verschaffen. Wenn so etwas

vorkommt, muß dagegen aufs schärfste eingegriffen werden. (Sehr richtig!)

Daß der Lebensmittelkommission Kartoffelvorräte erfroren sind, ist nichts besonderes. In einem solchen Winter, bei solchen Kältegraden, wie wir sie seit Jahrzehnten nicht gehabt haben, ist es nicht verwunderlich, daß Kartoffelvorräte erfrieren, wo jedem praktischen Landwirt auch Kartoffeln erfroren sind. Es wäre ein unvernünftiges Verlangen, wollte man von der Lebensmittelkommission fordern, daß sie bessere Vorjorge treffen müßte als praktische Landwirte, die seit Jahrzehnten Kartoffelbau treiben und Kartoffeln überwintern. Ebenso ist es mit den verfaulten Steckrüben. Jeder Landmann weiß davon zu erzählen. Die Rüben halten sich eben nicht lange, und wenn der Frühling kommt, dann beginnen sie zu faulen. Die Lebensmittelkommission hat auf das Verderben der Rüben auch von vornherein aufmerksam gemacht und vorausgesagt, daß der Zeitpunkt eintreten werde. Damit müssen wir uns abfinden. Aber in einem Maße, daß daraus schwer ins Gewicht fallende Mißstände hergerufen wären, ist das nicht vorgekommen. In der Kriegsdeputation sind uns darüber ausgiebige Mitteilungen gemacht worden.

Was die Verteilung von Butter und anderem Fett anlangt, so ist zu berücksichtigen, daß der Vorrat daran wirklich knapp war und ist. Wenn bei der Verteilung nicht alles geklappt hat und Ungleichheiten vorgekommen sind, so ist, wenn darüber berichtet wurde, schleunigst für Abhilfe gesorgt worden. Wenn aber einmal Klagen darüber zu erheben sind, so ist es doch nicht nötig, laut zu verkünden, daß die Lebensmittelkommission ihre Pflicht und Schuldigkeit nicht getan habe. (Sehr richtig!)

Mit der Feuerung haben wir sehr mißliche Verhältnisse erlebt. Ich persönlich habe darunter auch leiden müssen, da ich wochenlang keine Kohlen gehabt habe. Es war eben nicht anders möglich, Kohlen fehlten allgemein. Bei der Verteilung der geringen Mengen sind ja Schwierigkeiten entstanden, aber auch da hat die Kommission einen Ausweg durch die Einführung der Ordnungsmarken gefunden. Das ist anzuerkennen.

Auch Unregelmäßigkeiten bei den Unterstützungen sind vorgekommen. Es sind auch Unterstützungen gezahlt, wo es nicht nötig war. Mir selbst sind einige solche Fälle zu Ohren gekommen, sie sind gemeldet und sofort untersucht, und in einem Falle ist sofort Remedur eingetreten. Das sind Dinge, die leicht zu beseitigen sind, die aber doch immer wieder vorkommen können bei einer so großen Organisation. Da werden immer hier und da kleine Mißverhältnisse entstehen. Dann darf man aber nicht gleich den Stab über die ganze Organisation brechen. Man muß solche Fälle an geeigneter Stelle vortragen, damit die Mißstände beseitigt werden und sich möglichst in Zukunft nicht wieder einstellen. Ich glaube aber, man sollte, wenn man in der Bürgerschaft darüber Kritik übt, auch den Herren, die an der Spitze der Organisation stehen, und ihren freiwilligen

Hilfskräften Dank zollen für die Arbeit, die sie geleistet haben, wenn auch Mängel hier und da zu beklagen sind. Sie alle haben viel Arbeit geleistet und mit dafür gesorgt, daß wir durchhalten können. Deshalb sollen wir nicht den Stab über die brechen, denen einmal etwas mißlungen ist, wenn ihnen etwa ein Waggon Kartoffeln erfroren, Steckrüben verfault sind, Butter und Fett nicht genügend vorhanden war. Ich weise bei der Gelegenheit nochmals darauf hin, was hier in Bremen geschaffen ist. Hier ist durch die Kommission etwas geschaffen, wie kaum in irgend einem andern Bezirk. Wenn Sie nach draußen kommen und fragen: in anderen Gemeinden, in jeder größeren Gemeinde ist man orientiert über die Verhältnisse in Bremen, und überall wird Bremen als ein Muster hingestellt. Da sollte man nicht in solcher Weise urteilen, sondern in erster Linie dankbar anerkennen, was diese Organisation für Bremen geleistet hat. Ich hoffe, daß wir über die schwere Zeit des Krieges hinwegkommen, und sehe der ferneren Tätigkeit der Lebensmittelkommission mit größter Zuversicht entgegen. (Lebhafter Beifall.)

Herr Blome: Herr Hormann irrt, wenn er meint, ich hätte der Deputation einen Vorwurf gemacht, ich hätte sie angreifen wollen. Aber Herr Hormann sagt selbst, daß Fehler vorgekommen sind, die nach Möglichkeit abgestellt werden müssen. Was gehört dazu? Daß wir Kritik üben, denn sonst werden sie nicht abgestellt. Das kann auch Herr Hormann nicht ohne Kritik, sei es so oder so. Im übrigen irrt Herr Hormann, wenn er meinte, daß wir die ehrenamtliche Tätigkeit der Herren gewissermaßen für minderwertig hielten. Nein, im Gegenteil, ich habe gerade die ehrenamtliche Tätigkeit, weil ich selbst von Anfang an dazu gehört habe und jeden freien Nachmittag, jede Stunde dafür verwende, offen anerkannt. Ich halte die Tätigkeit der ehrenamtlichen Herren sehr hoch. Ich habe nur gesagt, es müsse ihnen auch das, was ihnen seinerzeit gegeben ist, erhalten bleiben, wenigstens in dem Maße, wie es notwendig ist. Das ist, was ich sagte.

Dann meinte Herr Hormann: die paar Kartoffeln, die erfroren sind! Ich habe extra gesagt, ich wolle nicht darauf eingehen. Nachdem aber Herr Hormann so aufgetrumpft hat, muß ich darauf eingehen. Nein, nicht um ein paar Kartoffeln handelt es sich, sondern die Straßenreinigung hat mit Wagen einen ganzen Nachmittag schlechte Kartoffeln weggefahren. Das nennt Herr Hormann ein paar Kartoffeln. Ne, nee, das sind nicht ein paar Kartoffeln gewesen. Es sind noch viele andere Dinge vorgekommen. Von Rickmers sind ganze Wagen fortgefahren und die Kartoffeln in die Weser geworfen. Es ist ja darüber auch in einer Versammlung gesprochen. Man hatte sich an die Polizei gewandt, die Abhilfe schaffen sollte. Dann sind die Kartoffeln bei Nacht und Nebel weggefahren. Daß Kartoffeln verfault sind, ist nicht vorübergehend geschehen,

was jeder Familie einmal passieren kann, nein, es ist in großem Maße geschehen. Aber ich habe extra gesagt, ich wollte auf alte Sünden nicht eingehen, sondern nur darauf aufmerksam machen, damit so etwas in Zukunft nicht wieder vorkommt — das ist meine Bedingung dabei gewesen. Im übrigen habe ich das, was die Deputation und die Kommission getan haben, aufs höchste anerkannt, und weiß, daß jeder nach bestem Wissen und Gewissen gewirkt hat. Ich sage nur: Wenn Abhilfe geschaffen werden soll, muß Kritik geübt werden. Wenn die Instruktionen nicht genügen, müssen eiligst die Instruktionen umgeändert werden.

Senatskommissar Herr Senator Bömers: Herr Präsident! Meine Herren! Herr Blome hat eine Anzahl von Beschwerden und Wünschen geäußert, ich will versuchen, sofort auf dieselben einzugehen.

Zunächst hat Herr Blome gemeint, daß in der Kartoffelversorgung viele Fehler gemacht seien, er hat jedoch nicht angegeben, ob er damit auf Fehler im Reiche oder in Bremen hindeuten will. Ich nehme das erstere an, erkläre aber auch gern, daß auch natürlich hier in Bremen bei einer so schwierigen Materie Fehler nicht ganz vermieden werden können.

Er hat im einzelnen angeführt, daß auf der Oldenburger Bahn und auf andern Stationen Steckrüben und Kartoffeln während kalter Nächte in Waggons gestanden hätten und erfroren seien.

Meine Herren! Es ist wohl möglich, daß vor der zweiten Frostperiode abgenommene Kartoffeln und Steckrüben dort haben stehen müssen, zur Abnahme dieser Waggons waren wir aber gezwungen, weil sonst andere Städte sie erhalten hätten. Jedenfalls sind weder die Kartoffeln noch die Steckrüben verdorben, sondern, wenn sie für die Ernährung nicht mehr brauchbar waren, entweder zu Kartoffelmehl vermahlen oder zu Viehfutter verarbeitet worden.

Seine weiteren Klagen über Verderben großer Vorräte in den Rickmerschen Lagerhäusern muß ich als völlig unbegründet zurückweisen. Ich erhalte auf der bremischen Landeskartoffelstelle jeden Morgen genaue Aufgaben über Bestand und Verlust. Ich kann die Erklärung abgeben, daß der Schwund in unserm Kartoffellager weit unter dem Normalen geblieben ist, so daß wir sagen können, Kartoffeln sind bei uns nicht umgekommen und haben sich als in diesem Winter gut haltbar erwiesen.

Der Wunsch des Herrn Blome, daß wir auch für nächsten Winter Einlagerung durch Private wieder gestatten, wird aller Voraussicht nach in Erfüllung gehen. Ich habe bereits erwähnt, daß wir den Winterlagerern dankbar sind, daß sie uns durch Hereinnahme von Vorräten geholfen haben, die Allgemeinheit zu versorgen, jedenfalls steht die Lebensmittelkommission auf dem Standpunkt, daß sie sich freut über alle Vorräte, die nach Bremen kommen.

Ferner hat Herr Blome geäußert, daß die Wertschätzung der ehrenamtlichen Hilfskräfte nachgelassen habe.

Meine Herren! Ich kann namens der Lebensmittelkommission nur erklären, daß alle in ihr arbeitenden Herren davon durchdrungen sind, welche vortreffliche Arbeit von den ehrenamtlichen Kräften geleistet wird, daß sie sich diesen zu besonderem Dank verpflichtet fühlen, auf ihre Mitarbeit den größten Wert legen und jederzeit bereit sind, von den Herren wohlmeinenden Rat entgegenzunehmen.

Die Mitteilung des Herrn Blome, daß seitens wohlhabender Leute in Garagen und Ställen Kühe untergebracht seien, ist richtig, die Tatsache ist aber nicht zu verurteilen, sondern zu begrüßen. Jeder, der eine Kuh hat, muß genau das tägliche Ergebnis an Milch angeben und den Ueberschuß abliefern. Jeder Besitzer einer Kuh und einer Ziege entlastet die Allgemeinheit und nützt also dem Ganzen.

Die Beschwerden des Herrn Blome über Verteilung und Versorgung mit Feuerung sind zum Teil berechtigt. Ich habe mit einem gewissen Vergnügen konstatiert, daß Herr Blome zwischen Verteilung und Versorgung unterschieden hat. Zum Versorgen gehört nämlich erst, daß man Vorräte zum Verteilen hat, und diese Vorräte waren lange Wochen nicht vorhanden. Wenn Sie ferner bedenken, wie schwierig es ist, eine Organisation aus dem Nichts zu schaffen, so werden Sie mir zugeben müssen, daß Verzögerungen und infolgedessen Beschwerden nicht zu vermeiden waren.

Was die Versorgung für das nächste Jahr anbetrifft, so werden wir tun, was in unsern Kräften steht, um bereits die warmen Monate zur Heranschaffung von möglichst reichlichen Vorräten auszunutzen, um jedenfalls zu verhüten, daß die bremische Bevölkerung im nächsten Winter frieren muß.

Die Beschwerden des Herrn Blome über die Rückzahlung der für Kartoffeln eingezahlten Gelder ist desgleichen zum Teil berechtigt. Diese Rückzahlung hat nur sehr langsam erfolgen können. Meine Herren! Es hat sich um 37851 Schecklisteninzahlungen gehandelt und um Kapitalien von 568871 M. Auch unserer tüchtigen Post war die Bewältigung dieser Arbeit nur langsam möglich, und schließlich sind wir ihr zu Dank verpflichtet, daß sie überhaupt diese Arbeit ausgeführt hat. Daß bei der Rückzahlung dieser Gelder Irrtümer vorgekommen sind und viele haben warten müssen, wird niemand mehr bedauern als wir. Die Bewältigung dieser Materie war aber so schwierig, daß wir unsern Beamten keinen Vorwurf machen können, im Gegenteil, ich muß ihnen nachrühmen, daß sie auf das Fleißigste gearbeitet haben.

Der Hinweis des Herrn Blome, daß die Unterstützungen zum Teil nicht richtig verteilt würden, kann nur dann zu etwaigen Erfolgen führen, wenn Herr Blome uns bestimmte Fälle aufgibt. Wir werden dann bemüht sein, so gerecht zu verfahren, wie möglich, und

Herrn Blome für den Tatsachen entsprechende Mitteilungen dankbar sein.

Auf die Frage des Herrn Blome, wie sich der Posten für die Jugendorganisation zusammensetzt, kann ich folgende Auskunft geben. Die 252 500 *M* bestehen aus 50 000 *M* für Landarbeiten, 2500 *M* für Jungdeutschland und 200 000 *M* für die Unterbringung stadtbremischer Kinder in verschiedenen Landgemeinden. Auf diesen letzteren Punkt legen wir besonders Gewicht, weil es wünschenswert erscheint, daß möglichst viele Kinder auf das Land kommen, um sich zu erholen.

Schließlich konstatiere ich gern, daß Herr Blome den verschiedenen Angestellten der Lebensmittelkommission Dank ausgesprochen hat. Ich kann nur früher gesagtes wiederholen, daß jeder in der Lebensmittelkommission tätige diese Arbeit nicht als Pflicht, sondern als Vorzug auffaßt und bestrebt ist zu sorgen, wie es in seinen Kräften steht. (Beifall).

Senatskommissar Herr Senator Dr. Spitta: In Ergänzung der Worte von Herrn Senator Bömers möchte ich noch auf einige Worte zurückkommen, die Herr Blome geäußert hat in der Richtung, als wenn die Bemittelten in Hülle und Fülle lebten, während die Minderbemittelten und die Arbeiter am Hungertuche nagten. Ich glaube, die Kriegsdeputation und die Lebensmittelkommission können, was die sozialen Einrichtungen unseres Lebensmittelsystems betrifft, ein gutes Gewissen haben. Ich glaube ohne Uebertreibung sagen zu können, daß es in ganz Deutschland keine Stadt gibt, wo auf die Minderbemittelten und die Arbeiter in so hervorragender Weise Rücksicht genommen wird, wie in Bremen. (Sehr richtig!) Diese Vergünstigungen bei den Lebensmitteln beziehen sich auf zwei Punkte, einmal auf die Preise einer ganzen Reihe von Lebensmitteln und dann auf die Menge, die ihnen zugewiesen ist. Bezüglich der Preise erinnere ich daran, daß bei den Kartoffeln und Steckrüben, bei der Volksspeisung, bei Fleisch, Milch und Fischen erhebliche Preisermäßigungen stattfinden zugunsten der Minderbemittelten. Bezüglich der Menge weise ich darauf hin, daß wir das Brotsystem so eingerichtet haben, daß die Minderbemittelten und die Arbeiter eine erheblich höhere Brotmenge bekommen als die übrige Bevölkerung. Dann erinnere ich an die Kartoffelzulage für die Schwerarbeiter, und ich weise ferner darauf hin, daß die Rüstungsarbeiter eine wöchentliche Fettzulage von 25 Gramm, die Schwerarbeiter eine Fleischzulage von 100 Gramm, und die Schwerarbeiter eine Fleischzulage von 50 Gramm wöchentlich erhalten. Ferner haben wir aus der Hindenburgspende an die sämtlichen Rüstungsarbeiter 47 575 Pfund Speck und Wurst verteilt, ferner sind 10 000 Pfund holländischen Käses ausschließlich an die Rüstungsarbeiter verteilt. Wir wissen, wie wenig Käse überhaupt vorhanden ist, und wir wissen, wie die übrige Bevölkerung Bedürfnis nach Käse hat. Da sollte man einsehen, daß in dieser

Käsezuteilung an die Rüstungsarbeiter eine außerordentliche Begünstigung liegt. Wir haben jetzt etwa 23 000 Rüstungsarbeiter zu versorgen. Wir werden versuchen, noch weitere Zuweisungen aus der Hindenburg-Spende für unsere Rüstungsarbeiter zu erhalten. Und ebenso hoffen wir, daß es uns gelingt, noch mehr Käse heranzuschaffen. Ich meine, die Arbeiter und Herr Blome sollten das anerkennen, daß darin eine erhebliche Begünstigung der Arbeiter liegt.—Schließlich möchte ich darauf hinweisen, daß in der Art, wie die Kantinen und Volksküchen von der Lebensmittelkommission beliefert werden, eine besondere Vergünstigung liegt. Bei den Volksspeisungen werden mehr Lebensmittel zugewiesen, als Karten von den Teilnehmern dafür abgegeben werden müssen. Jeder erhält bei der Volksspeisung an mehligartigen Nahrungsmitteln erheblich mehr, als die übrige Bevölkerung auf Karten bekommt. Bei den mehligartigen Speisen brauchen überhaupt keine Karten abgegeben zu werden, bei anderen Lebensmitteln erhalten die Teilnehmer der Volksspeisung mehr, als sie Karten abgeben. Ich möchte daher bitten, daß nicht die Ansicht verbreitet wird, als wenn die Bessersituierten es besonders gut hätten und in Hülle und Fülle lebten, und die Arbeiter, wie Herr Blome sagte, am Hungertuche nagten. Das ist nicht der Fall. Wir tun alles, um unsern Arbeitern, deren Fleiß und angestrengten Dienst wir anerkennen, zu geben und zukommen zu lassen, was möglich ist. Aber wir möchten bitten, daß nicht in der Weise Kritik geübt wird. Herr Senator Bömers erklärte, daß wir zweifellos durchhalten würden bis zur nächsten Ernte, und das ist sicher. Es kommt aber nicht bloß darauf an, daß wir durchhalten, sondern wie wir durchhalten, ob kleinmütig, verärgert, mit gegenseitigen Anschuldigungen, oder ob wir kraftvoll, zuversichtlich und mit erhobenem Haupte durch die nächsten schweren Monate gehen. Ich möchte bitten, daß wir den Blick aufs große Ganze richten, daß wir empfänglich bleiben für das Große, das in der Welt geschieht, draußen an der Front, auf dem Meere und hier in der Heimat. Die Lebensmittelkommission wird tun, was in ihren Kräften steht, um die Stimmung der Bevölkerung in diesem Sinne hochzuhalten und zu fördern. Ich möchte bitten, daß auch die bremische Bürgerschaft, und besonders Herr Blome und seine Freunde mit dafür arbeiten, daß die Stimmung der Bevölkerung in diesen Monaten, in denen wir es schwer haben, erhalten bleibt. Jeder kann an seiner Stelle, im öffentlichen Leben wie im privaten Kreise, dazu beitragen, und darum möchte ich dringend bitten. (Bravo!)

Herr Blome: Herr Präsident! Meine Herren! Herr Senator Spitta hat jawohl der Ausdruck „am Hungertuche nagen“ in Aufregung gebracht. Ich will sagen, daß das, was Herr Senator Spitta zuletzt sagte, daß wir das in vollem Umfange machen, mehr als wir das manchmal verantworten können, (Who!) um

durchzuhalten und um keine Mißstimmung aufkommen zu lassen. Auch nach dieser Richtung hin zeigen wir, daß wir Courage haben, indem wir sagen, was ist und wie es ist, und nach dieser Richtung sagen wir, daß es darauf ankommt, — durchzuhalten. Im übrigen, wenn Herr Senator Spitta meint, darauf ein großes Gewicht legen zu müssen, daß ich sage, daß die Besserbemittelten mehr haben als die Minderbemittelten in der Bevölkerung, ganz abgesehen davon, was man der minderbemittelten Bevölkerung durch die Gruppe I und II zukommen läßt, so ist das wahr, und was wahr ist, kann man nicht bestreiten. Wir wollen hier nur Kritik üben, um Uebelstände zu beseitigen. Ich kann den Beweis bringen, daß Herrschaften an Markttagen an den Heeresstraßen stehen, und die habe ich im Auge gehabt, da können Sie sehen, was gemacht wird. Und wenn Sie sagen, daß das Hamstern nicht in dem Umfange ist, so sind Sie kein guter Beobachter gewesen. Jeder Heu kommen da herein und Hunderte von Eiern sind darunter und viel Butter ist unter dem Heu. Ja, das wird gemacht und das ist der sogenannte Schleichhandel. Da sind Leute, die es aufkaufen auf den Straßen, und hier am Orte sind die Leute, die jeden Preis bezahlen, der gefordert wird, das ist die Wucherei, die in diesem Schleichhandel getrieben wird. Glauben Sie nicht, daß ich mich hier hinstellen würde, wenn ich nicht den Beweis habe! Ich würde mich schön hüten! Was ich gesagt habe, ist wahr, und man sollte das nicht so einfach abwimmeln, das ist unfair. Genau so wie Herr Senator Bömers sagt, es ist nicht wahr, daß die Kartoffeln erfroren seien und daß sie abgefahren seien, und er sagt schließlich, ihm sei nichts bekannt davon. Das letzte mag richtig sein. Aber ich möchte Herrn Senator Bömers raten, eine Mütze aufzusetzen und einen Arbeiteranzug anzuziehen und einmal dahin zu kommen, wo die Arbeiter sind, dann würde er es erfahren. Wir wissen es von fast sämtlichen Arbeitern und Händlern, daß das so ist. Die Arbeiter gehen nicht immer nach oben, sie gehen dahin, wo es zur Sprache kommt. Ich selbst bin bei Herrn Giroud gewesen, und der hat zugeben müssen, daß es vorgekommen ist. Aber er hat gesagt, es sei Abfall von ausgesuchten Kartoffeln gewesen; natürlich, bei Kartoffeln, die ausgesucht werden müssen, fällt immer etwas ab. Aber man darf nicht einfach sagen, es ist nicht wahr, was man sagt, wenn ich etwas behaupte, dann ist es auch wahr.

Präsident: Herr Blome, Sie haben in Ihrer Rede von einem unfairen Verhalten gesprochen. Ich muß diesen Teil Ihrer Ausführungen als im höchsten Grade ungehörig zurückweisen.

Herr Rhein: Herr Präsident! Meine Herren! Es kann von Vorteil sein, wenn Herr Senator Spitta klargelegt hat, was für die Bevölkerung geschehen ist. Aber er glaubt das unseren Ausführungen gegenüber betonen zu müssen, als ob von unserer Seite diese Arbeit nicht anerkannt würde. Ich glaube, wir haben

immer bei allen Beratungen und Erörterungen betont, daß wir das, was nach dieser Beziehung hin geschehen ist, anerkannt haben, und das ist auch heute aus der Debatte zu entnehmen, daß in Bremen in einer Weise gesorgt ist, wie es anderen Städten zur Racheiferung empfohlen werden kann. Ich glaube, daß es meinem Freunde Blome nicht darauf ankommt, zu behaupten, im allgemeinen seien durch die Maßnahmen der Lebensmittelkommission die Bessersituierten besser gestellt worden, daß sie in Hülle und Fülle leben, er hat darauf hinweisen wollen, daß die nicht rationierten Lebensmittel ebenfalls zur Rationierung kommen müßten, und er glaubte in zweiter Linie darauf hinzuweisen, daß es tatsächlich noch Kreise gibt, die infolge ihrer besseren materiellen Lebensstellung das Hamstern in erheblicher Weise machen. Wenn diese Leute einen Blick auf die schwierige Lage Deutschlands richten würden und darauf blicken würden, was an der Front für Deutschlands Bevölkerung getan wird, so müßten sich diese Kreise schämen, daß sie vermöge ihrer Mittel sich etwas besonderes einhamstern. Es ist ein Prozentsatz der bessersituierten Bevölkerung, der es tut, nicht die ganze Bevölkerung. Es mag sein, daß das Quantum an Waren, das diese Kreise besonders erhalten, zusammen nicht groß ist und für die Gesamtheit nicht viel ausmacht; aber es ruft ungeheure Erbitterung in der Bevölkerung hervor. Das muß vermieden werden. Es muß diesen Leuten zu Gemüte geführt werden, wie verabscheuenswürdig sie handeln, wenn sie hamstern, d. h. daß sie sich Waren verschaffen zu hohen Preisen, die sie in absehbarer Zeit nicht verwenden können, nur um sich selbst sicher zu stellen. Darauf richtet sich das, was Blome gesagt hat und sagen wollte.

Im übrigen hat er die Kohlenfrage zur Kritik gebracht. Ich glaube, daß wir darin einig sind zu sagen, daß wir in der Organisation der Kohlenfrage noch nicht das richtige getroffen haben. Ich glaube, wir haben den Kohlenhändlern noch zu viel Freiheit gelassen, und die Lebensmittelkommission hat nicht die Kraft besessen, das Erforderliche durchzudrücken. Ich hoffe, im nächsten Winter wird da besser organisiert sein. Ich glaube, daß von unserer Seite, auch heute bei den Ausführungen des Herrn Blome, nicht maßgebend gewesen ist die Neigung zu nörgeln und zu kritisieren, sondern daß es sich darum handelt, die Lebensmittelkommission zu veranlassen, Verbesserungen zu schaffen, und das kann nur im Interesse der Allgemeinheit liegen.

Senatskommissar Herr Senator Bömers: Herr Präsident! Meine Herren! Herr Blome hat ausgeführt, daß häufig versteckt unter Heuladungen große Posten von Eiern nach Bremen im Schleichhandel eingeführt würden. Ich fordere Herrn Blome öffentlich auf, uns jeden einzelnen Fall so schnell wie möglich zur Kenntnis zu bringen. Die Lebensmittelkommission würde sehr froh sein, wenn sie einmal solch größere Posten Eier für die Allgemeinheit greifen und dieser zuführen könnte. (Zustimmung).

Herr Depken: Herr Präsident! Meine Herren! Als Mitglied der Lebensmittelkommission muß ich zu dem, was Herr Blome über die Kartoffelfrage gesagt hat, folgendes mitteilen: Ich bin im letzten Winter häufig auf dem Kartoffellager gewesen, und ich glaube, die Bürgerschaft wird mir das Vertrauen schenken, daß ich einigermaßen sachverständig in der Kartoffellagerung bin. (Zustimmung.) Ich habe selbst damals, als die starke Kälte einsetzte, angegeben, wie die Kartoffeln gelagert werden müßten, und es ist danach verfahren, und es sind von den gelagerten Kartoffeln keine erfroren. Ich war bei der starken Kälte auf dem Wege zur Grünen Straße, aber unangemeldet, ich bin häufig da gewesen. Unterwegs begegnete mir einer unserer größten Kartoffelhändler und sagte: „Herr Depken, Sie müssen sich die Kartoffeln ansehen, die sind alle erfroren, davon bleibt nichts, 30 000 Zentner sind jetzt schon erfroren.“ „Dann sind Sie so gut und gehen wieder mit,“ sagte ich. Er antwortete: „Da brauchen Sie gar nicht hinzugehen, ich habe zwei Kartoffeln in der Tasche.“ Ich sagte: „Aber das sind nicht 30 000 Zentner.“ (Heiterkeit). „Ja“, sagte der Mann, „wenn ich hingehe, läßt man mich nicht hinein.“ „Woher haben Sie denn gesehen, daß 30 000 Zentner erfroren sind“, fragte ich. (Große Heiterkeit). Schließlich ging der Mann mit. Wir haben uns die Kartoffeln angesehen, und ich habe ihn gebeten, mir die erfrorenen Kartoffeln zu zeigen. Er hat keine gefunden. (Hört! Hört!) auch nicht eine einzige. (Hört! Hört!)

Herr Blome sagt dann, die Kartoffeln wären in Fudern weggefahren worden. Das ist ausfortierter Dreck gewesen. (Heiterkeit.) Eine große Menge von Kartoffeln war bei nassem Wetter geerntet, da bleibt Sand und Schmutz an den Kartoffeln sitzen. Das wird herausfortiert. Wir haben in Bremen sehr vorsichtig gearbeitet. (Bravo!) Ich glaube, keine Stadt hat so wenig Verluste gehabt an Kartoffeln, wie wir Bremer. (Bravo!) Ich glaube, was hier weggefahren worden ist, ist ein Prozentsatz, der in jedem normalen Betriebe auch vorkommt, mehr nicht. Wie wäre es auch möglich gewesen, daß wir in Bremen noch 5 Pfund Kartoffeln hergeben konnten, wo anderswo nur 3 Pfund gegeben werden konnten; in vielen Städten wurden überhaupt keine Kartoffeln gegeben, wie in Hamburg, Berlin und Hannover. Hier in Bremen konnten wir 5 Pfund geben. Es ist erklärlich, wo wir wissen, daß selbst den Landwirten, z. B. in Holstein große Kartoffelvorräte in den Mieten erfroren sind bei dem strengen Froste, daß man den Städtern keinen Vorwurf machen kann; mehr als wir getan haben, hätte nicht getan werden können. Wenn die Leute klagen, daß sie häufig in den Haushaltungen erfrorene Kartoffeln bekommen haben, so ist das natürlich. Wir haben die Kartoffeln auch bei der Kälte abgegeben, sie sind aus dem Lagerschuppen, wo der tägliche Bedarf der Stadt lagerte, entnommen. Dieser Schuppen mußte am Tage für die Händler geöffnet sein, und da war es bei der

strengen Kälte leicht möglich, daß auch Frost hineinzog. Das ließ sich auch nicht vermeiden, wenn wir die Bevölkerung nicht hungern lassen wollten, und das hätte Herr Blome selbst nicht getan. Die Händler haben dann die Kartoffeln durch die Stadt transportieren müssen. Daß dann die äußere Schicht der Kartoffeln in den Säcken auch etwas Frost bekommt und der Bevölkerung süß schmeckt, kann uns nicht wundern. (Sehr richtig!) Aber wenn man die Bevölkerung nicht hungern lassen wollte, mußte man es so machen lassen. Ich glaube, Herr Blome hätte besser getan, diese Vorwürfe hier nicht zu machen. Der Lebensmittelkommission kann man keinen Vorwurf machen. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Anträge der Kriegsdeputation werden angenommen.

Nr. II der Tagesordnung:

#### Wahl der Verfassungsdeputation.

Wahlaussatz des Bürgeramts:

1. Herr Dr. Scherer.
2. „ Richter Castendyck.
3. „ Landgerichtspräsident Habelmann.
4. „ Dr. Wildens.

Weitere Vorschläge erfolgen nicht.

5. Herr Hagemeyer.
6. „ Dr. Strube.
7. „ Ed. Achelis.
8. „ Sonnet.
9. „ Koch.
10. „ Syndikus Kösing.
11. „ Lauts.
12. „ Cramer.

Weitere Vorschläge erfolgen nicht.

13. Herr Leymann.
14. „ Koltenius.
15. „ Schelb.
16. „ Mundhenke.

Weitere Vorschläge erfolgen nicht.

17. Herr Hormann.
18. „ Dr. Böhmert.
19. „ Fr. Waltemath.
20. „ Waigand.
21. „ Schierenbeck.
22. „ Knief.
23. „ Rötting.
24. „ Behle.

Weitere Vorschläge erfolgen nicht.

25. Herr Stadtdirektor Becké.
26. „ J. Lampe.

Herr R. Meyer: Ich erlaube mir, Herrn Olufs vorzuschlagen.

Der Vorschlag wird genügend unterstützt.

27. Herr Depten.

28. „ Kalmß.

Weitere Vorschläge erfolgen nicht.

Es werden folgende Herren gewählt:

von Klasse I: Dr. Scherer, Castendyck,  
von Klasse II: Hagemeyer, Ed. Achelis, Dr. Strube,  
Sonnet,  
von Klasse III: Leymann, Koltenius,  
von Klasse IV: Hormann, Dr. Böhmert, Fr. Waltemath,  
Waigand,  
von Klasse V—VI: Olufs,  
von Klasse VII—VIII: Depten.

Nr. III der Tagesordnung:

### Mitteilung des Senats vom 3. Februar 1917 und Bericht der Budgetkommission:

Budget für das Rechnungsjahr 1917.

Dazu

### Mitteilung des Senats vom 27. März 1917:

Haushaltsplan der Zollverwaltung für das  
Rechnungsjahr 1917.

Senatskommissar Herr Senator Dr. Donandt.

Generaldebatte.

Es meldet sich niemand zum Wort.

Spezialdebatte.

Präsident: Wie ich meinen Herren bereits mitgeteilt habe, werde ich nur die einzelnen Kapitelüberschriften verlesen und die einzelnen Positionen nur dann aufrufen, wenn zu diesen eine Wortmeldung erfolgt oder ein Antrag gestellt ist.

Die Titel und Positionen, die keinen Widerspruch finden, gelten als angenommen, ebenso die Anträge der Budgetkommission, die nicht beanstandet werden.

Anträge meiner Herren, die auf die Zahlen des Budgets nicht von Einfluß sind, werden, soweit nicht, wie bei Aussetzungsanträgen, deren sofortige Behandlung selbstverständlich ist, zurückgestellt und dürfen bei der Budgetberatung nicht begründet werden.

Außerordentliche Einnahmen.

I. Vermischte Einnahmen.

II. Vergütete Zinsen.

III. Aus Ueberschüssen früherer Jahre.

Ordentliche Einnahmen.

I. Von Eigentum und Rechten.

II. Direkte Steuern.

Herr Hormann verzichtet.

III. Indirekte Steuern.

1—4.

5. Wertzuwachssteuer.

Präsident: Hierzu liegt folgender Antrag Busch vor:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Steuerdeputation zu beauftragen, baldmöglichst darüber zu berichten, ob die Wertzuwachssteuer in Rücksicht auf die großen Erhebungskosten und den geringen Ertrag nicht aufgehoben und eventuell durch eine andere Steuer oder einen Zuschlag zu einer bestehenden Steuer oder Abgabe ersetzt werden kann.

Der Antrag ist genügend unterstützt und wird zurückgestellt.

6—13.

IV. Gebühren, Geldstrafen.

V. Vermischte Einnahmen.

Ordentliche Ausgaben.

I. Senat und Bürgerschaft.

II. Rechtspflege.

1—9.

10. Strafanstalt.

Präsident: Hierzu liegt folgender Antrag Kalmß vor:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Deputation für die Gefängnisse mit einem Bericht darüber zu beauftragen, ob es sich nicht bei der gegenwärtigen Finanzlage empfiehlt, den Budgetposten für evangelische Hilfsseelsorge (Spezialbudget Nr. 55, I 61) in Zukunft zu streichen.

Der Antrag ist genügend unterstützt und wird zurückgestellt.

11—12.

III. Polizei.

1.

2. Gesundheitswesen.

Herr Stöyen: Durch Verordnung des Generalkommandos in Altona ist seinerzeit die Impfung als Vorbeugungsmittel gegen die Pockenkrankheit befohlen worden.

Die Landesbehörden waren die ausführenden Organe. Die Ausführung in Bremen ist Sache des

Gesundheitsrats, und dieser hätte nach meinem Dafürhalten alles tun müssen, um dieser Gefahr besser entgegenzutreten. Mit der Impfung allein ist es nicht getan, man muß in den Vorbeugungsmaßnahmen weitergehen. In sanitärer Hinsicht ist es nicht überall so, wie es sein sollte oder müßte. So sind mir Großbetriebe bekannt, die in sanitärer Beziehung viel zu wünschen übrig lassen, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen.

Die Abortverhältnisse sind einfach miserable, und hinzu kommt, daß die beschäftigten Kriegsgefangenen dieselben Klosettanlagen benutzen wie die Arbeiter. Bei solchen Verhältnissen ist es kein Wunder, daß die Ansteckungsgefahr immer eine größere ist. Die Gefangenen trifft hier keine Schuld, sondern hier muß behördlicherseits eingegriffen werden.

Ein weiterer Fall trifft eine Zentralbehörde, die aus Anlaß des Krieges eingesetzt wurde. Dort mußte eine Angestellte ihre Beschäftigung einstellen, da sie pockenverdächtig war.

An dieser Maßnahme ist nichts dran auszusetzen, daß aber die Angestellte mit ihren Angehörigen ruhig verkehren konnte, und im Gegensatz dazu wurden nicht einmal die Alken und Marken desinfiziert, welche in Händen der Angestellten waren. Als der desinfizierende Beamte darauf hingewiesen wurde, meinte derselbe, die Marken usw. seien ja verschlossen.

Derartige Dinge darf man nicht so schlüren lassen, sondern man soll alle Maßnahmen treffen, um solch große Gefahren zu verhüten.

Ich wünsche schärfere Maßnahmen, daß zumal in sanitärer Hinsicht nicht zu klagen ist.

3—7.

#### 8. Polizeidirektion.

Präsident: Hierzu hat Herr Deppen folgenden Antrag gestellt:

Die Bürgerchaft ersucht den Senat, die Polizeidirektion mit einem Bericht darüber zu beauftragen, ob es sich empfiehlt, in Fällen von Polizeistrafen, welche sich auf landwirtschaftliche Betriebe beziehen und gegen welche Berufung zwecks nochmaliger Untersuchung eingelegt ist, vor der endgültigen Entscheidung einen von der Kammer für Landwirtschaft zu benennenden Sachverständigen zu hören.

Der Antrag wird genügend unterstützt und zurückgestellt.

Präsident: Das Wort hat Herr Kruse. (Zuruf: Ist nicht da!)

Herr Stögen: Herr Präsident! Meine Herren! Die Ernährungsfrage hat zu Anfang der Sitzung und überhaupt in der letzten Zeit eine ziemlich große Rolle gespielt. Es ist darum sehr begreiflich, daß die Bevölkerung in großer Zahl darangegangen ist, Parzellenwirtschaft zu betreiben, um auf diese Weise des ständigen

Hungers besser Herr zu werden. Wir sehen, daß viele Leute abends, und überhaupt, wenn sie Zeit dazu haben, auf ihren Parzellen beschäftigt sind. Es muß aber auch verlangt werden, daß den Parzellenbesitzern in der Weise Schutz gegeben werde, daß sie sagen können: Wir sind der Sorge überhoben. Einen genügenden Schutz haben die Parzellen jetzt nicht. Ich wollte darum anregen, daß die Polizeidirektion mehr Feldhüter anstelle, als es jetzt der Fall ist. Augenblicklich sind, soweit mir bekannt ist, sechs Feldhüter angestellt, und dazu kommt noch, daß eine Stelle vakant ist.

Aber mit diesen sechs oder sieben Feldhütern ist es nicht getan, es müssen bedeutend mehr angestellt werden, da es sich um so große Flächen handelt, die von privater und staatlicher Seite in diesem Jahre neu aufgeteilt sind. Daß die paar Feldhüter die Sache nicht übersehen können, muß jedem vollständig klar sein. Verschiedene Parzellenvereine haben sich nun durch Selbsthilfe zu schützen gesucht, so daß sie einen sonstigen Schutz nicht mehr brauchen. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß der Schutz der Parzellen dadurch doch nicht in hinreichender Weise herbeigeführt wird. Die Feldhüter haben nämlich Polizeigewalt, während die Parzellisten, die den Schutz ihrer Parzellen übernehmen und es dabei umgehen lassen, die Polizeigewalt nicht besitzen. In der letzten Zeit haben wir gelesen, daß in Buben auf den Parzellen öfters eingebrochen und dabei großer Brandschaden angerichtet wird, und verweise hierbei auf den Brand im Stadtwald. Ich möchte darum die Polizeidirektion ersuchen, in dieser Beziehung Vorkehrung zu treffen und die Zahl der Feldhüter zu vermehren. Einen Antrag habe ich geglaubt nicht stellen zu brauchen, da ich annehme, daß diese Anregung genügen wird, um so der Parzellenwirtschaft einen genügenden Schutz zu verleihen.

Herr Waigand: Mein Freund Kruse ist schon weggegangen, deshalb will ich vorbringen, was er vorbringen wollte. Es handelt sich um die Fähre bei Woltmershausen. Die Fähre ist jetzt wohl verpachtet; aber die Verhältnisse lassen viel zu wünschen übrig. Früher haben sich bei der Ueberfahrt nach Woltmershausen große Uebelstände und Gefahren gezeigt, deshalb ist die Fähre eingerichtet. Im vergangenen Sommer konnten durch die Fähre nicht alle Leute, die überfahren wollten, befördert werden, deshalb haben sich Leute, die kleine Boote im Besitz haben, bereitgefunden, gegen ein kleines Entgelt Leute überzusetzen. Es wäre also sehr notwendig, daß die Polizeidirektion dafür sorgte, daß der Verkehr nach Woltmershausen wieder besser würde, wie er jetzt ist. Im vorigen Jahre war ein ganz kolossaler Andrang. In erster Reihe kommen Arbeiter in Frage. Denn der Woltmershauser Deich ist für die armen Leute im Westen, was für die Leute im Osten der Osterdeich ist, wenn er auch Westerdeich heißt. Aus diesen Gründen sollte der Fährverkehr nach Woltmershausen etwas besser eingerichtet werden.

9—15.

## IV. Finanzen.

1—6.

## 7. Katasteramt und Steuerkontrolle.

Herr Knief: Die Budgetkommission hat von dem Gehalt zweier Schreiber die Hälfte mit 1300 M gestrichen. Ich muß aber darauf aufmerksam machen, daß nach einer Fußnote dieser Posten mit Position „Schreibhilfe“ übertragbar sein soll, was auch im vorigen Jahre geschehen ist. Für die beiden fehlenden Schreiber werden Diätäre beschäftigt, und diese werden aus dem für die beiden Schreiber ausgeworfenen Gehalt bezahlt. Infolgedessen müssen die 2600 M voll eingesetzt werden. Wenn die Hälfte gestrichen wird, wird eine Nachforderung kommen müssen. Es kommt noch hinzu, daß ein Schreiber, der schon fünf Jahre aktiv beim Heere dient, im Kriege verwundet ist und jetzt wieder angestellt werden soll. Wenn die Summe aber gekürzt wird, könnte er nicht wieder angestellt werden, wir würden für diesen Kriegsverletzten keine Mittel haben. Ich bitte, die 2600 M wieder voll einzustellen.

Herr Hormann: Herr Präsident! Meine Herren! Die Budgetkommission hat ganz allgemein die für die unbefetzten Stellen ausgeworfenen Summen um die Hälfte gekürzt. Wenn ihr die besonderen Umstände beim Katasteramt bekannt gewesen wären, würde sie in diesem Falle die Streichung der Hälfte nicht beantragt haben. Ich ziehe im Namen der Budgetkommission diesen Antrag auf Streichung zurück.

Präsident: Damit ist die Sache erledigt.

8.

## V. Unterricht.

## 1. Unterrichtsverwaltung.

Senatskommissar Herr Senator Dr. Donandt: Die Budgetkommission hat das Gehalt des Kanzlei-gehilfen N. N., 1900 M, um die Hälfte aus den von Herrn Hormann angeführten Gründen gekürzt. Es ist der Budgetkommission aber nicht bekannt gewesen, daß aus dieser Summe Aushilfskräfte bezahlt werden, und zwar sind bis zum 1. Oktober 1917 dafür 900 M zu zahlen. Ich möchte darum anheimgeben, in diesem Falle statt der gestrichenen 950 M nur 50 M zu streichen.

Herr Hormann für die Budgetkommission: Herr Senator Donandt hat die Liebenswürdigkeit gehabt, die Budgetkommission vorab davon in Kenntnis zu setzen. Die Budgetkommission hat in ihrer heutigen Sitzung sich damit beschäftigt und modifiziert ihren Antrag in der von Herrn Senator Donandt angeregten Weise.

Präsident: Damit ist die Sache erledigt.

Herr Hormann: Herr Präsident, meine Herren! Ich nehme Gelegenheit, bei dem Kapitel Schulunterricht, Unterrichtsverwaltung, einige Punkte zur Sprache zu bringen. Wir sind in die unangenehme Lage versetzt worden, im letzten Winter monatelang die Schule vollständig schließen zu müssen. Am 6. Februar traten die sogenannten Kohlenferien ein. Was das für unser Schulwesen bedeutet, kann sich jeder selbst sagen. Diese unfreiwilligen Ferien haben ein Vierteljahr gedauert. Die Schulverwaltung trifft keine Schuld; sie war nicht in der Lage, die Schulen mit Heizmaterial zu versorgen. Ob überhaupt jemand eine Schuld bezumessen ist, kann ich nicht sagen. Auf jeden Fall hat die Jugend darunter gelitten, und nachzuholen wird das Versäumte nicht sein. Ich möchte nun bitten, daß die zuständigen Behörden die Schuldeputation in dem Bestreben unterstützen, sich für den kommenden Winter ausreichend mit Feuerung zu versehen, so daß sich die langen Kälteferien nicht wiederholen, selbst wenn die Verkehrsverhältnisse sich weiter ungünstig gestalten sollten. (Zustimmung)

Dann ein Zweites. Die Sache ist noch wichtiger. Sie betrifft den Hilfsdienst unserer Schüler. Von den Volksschulen ist der letzte Jahrgang zum Hilfsdienst kommandiert und bis zum Herbst vom Schulbesuch ausgeschlossen. Bei der Realschule sind es 2 Jahrgänge und bei den Vollanstalten 5 Jahrgänge. Es wird sich, Herr Präsident, um mehr als 3000 Schüler handeln, die dabei in Frage kommen und für ein halbes Jahr vom Schulunterricht gänzlich entbunden sind. Das stellt einen Verlust für die Schüler dar, der uneinbringlich sein wird. (Zustimmung.) Wenn nun die Verhältnisse das erfordern, wenn es im Dienste des Vaterlandes notwendig ist, läßt sich nicht viel dagegen sagen. Wenn Sie nun aber hören, daß in Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Hamburg eine derartige generelle Schließung dieser Klassen in keiner Weise erfolgt ist, so müssen wir uns doch fragen, warum findet das in Bremen statt? Das steht fest, daß in Mecklenburg und Hamburg die Schulklassen nicht in der Weise geschlossen sind für die Dauer des Sommers wie in Bremen. Und wenn es ferner wahr ist, daß bremische Schüler aus den höheren Schulen nach Mecklenburg gekommen sind, um dort Arbeiten zu verrichten, während den Mecklenburger Schülern Unterricht erteilt wird, diese Schüler also nicht für den Hilfsdienst frei sind, so hätten wir das dringende Interesse daran, darüber Aufklärung zu bekommen seitens der Schulverwaltung. Auch die Eltern der Kinder haben ein Interesse daran, Aufklärung zu erhalten. (Sehr richtig!) Ich bitte den Herrn Rechnungsführer, diese Aufklärung, wenn möglich, heute zu geben, und wenn das nicht der Fall ist, in einer der nächsten Sitzungen. Eine derartige Entbindung unserer Schüler vom Unterrichte sollte nur im dringlichsten Notfalle geschehen. Liegt es so, daß andere Provinzen und Bundesstaaten es nicht nötig haben, so müssen auch wir die Verfügung, die getroffen ist, modifizieren.

(Sehr richtig!) Ich sehe der Mitteilung des Rechnungsführers entgegen.

Endlich noch eins. Die Schuldeputation ist im Laufe der Zeit mit einer großen Anzahl von Berichten bedacht worden, die sie zu bearbeiten hat. Sie ist leider mit einer ganzen Anzahl im Rückstande geblieben. Ich weiß nicht, woran das liegt. Es sind eine ganze Reihe von Anträgen, die auf Erledigung der Schuldeputation harren. Ich möchte den Herrn Rechnungsführer bitten, das ganze Gewicht seiner Persönlichkeit in die Waagschale zu werfen, damit wir auf diesem Gebiete vorwärts kommen und die Sachen nicht Jahr für Jahr wieder mitschleppen müssen. (Sehr richtig!) Vor allen Dingen sollte die Frage geprüft werden, wie sich eine freiere Gestaltung des Lehrplanes der höheren Schulen durchführen läßt. (Beschluss der Bürgerschaft vom 30. November 1910).

Zweitens sollte eine Prüfung der Besoldungsverhältnisse der seminarisch gebildeten Lehrerinnen an höheren Mädchenschulen stattfinden. (Beschluss vom 27. Mai 1914).

Drittens sollte geprüft werden, wie die Lehrerinnen, die durch die Kohlenferien arbeitslos geworden sind, entschädigt werden können. Die beiden letzten Fragen hätten rasch erledigt werden sollen; schon seit dem 28. März datiert die letzte Beschlussfassung darüber, und heute haben wir den 9. Mai.

Ich bitte daher den Herrn Rechnungsführer, in der Schuldeputation ein energisches Wort zu sprechen. (Lebhafte Zustimmung.)

Präsident: Während der Rede des Herrn Hormann haben sich 2 Herren zum Worte gemeldet. Herr Rieke, ziehen Sie es vor, jetzt zu sprechen, oder wollen Sie diese beiden Herren zuerst reden lassen?

Herr Rieke: Ich verzichte solange.

Herr Dunkel: Herr Präsident! Mit Herrn Hormann kann ich nur dasselbe sagen, daß es uns durchaus wünschenswert ist, daß für den nächsten Winter eine bessere Versorgung mit Kohlen gemacht wird. Es ist bekannt, daß die Kohlennot in erster Linie aus Arbeitermangel und 2. aus Waggonmangel entstanden ist. Aber wir haben bereits in der Schuldeputation darüber gesprochen und hoffen, wenn wir von den anderen Behörden unterstützt werden, im nächsten Winter nicht wieder aus Kohlenmangel die Schulen schließen zu müssen.

Was den Hilfsdienst betrifft, so hat es einer längeren Auseinandersetzung in der Schuldeputation bedurft, um die einzelnen Mitglieder der Schuldeputation zu überzeugen, daß es notwendig war, die Schüler für eine solche Zeit vom Schulbesuche zu befreien. Die Lebensmittelkommission ist aber mit einer so dringlichen Mahnung an die Schuldeputation herangetreten, daß es notwendig sei, die Schüler dafür freizugeben, daß sich die Schuldeputation in überwiegender Mehrzahl

entschloß, diesem Antrage zuzustimmen. Es wurden Vorstellungen gemacht, daß es notwendig sei, die Schüler für Parzellenarbeiten und Arbeiten auf dem Gemüselande, welches seitens des Staates hergerichtet ist, herzugeben. Es wurde nachgewiesen, daß vom April an ca. 2300 Schüler für diese Zwecke zur Verfügung stehen müßten. Es wurde darauf hingewiesen, daß infolge des langen Winters sämtliche Arbeiten im landwirtschaftlichen Betriebe im Rückstande sind. Die Schuldeputation glaubte diesen Schritt tun zu müssen, ehe, wie Herr Hormann sagt, es in anderen benachbarten Bundesstaaten, wie in Hamburg und Mecklenburg gemacht sei. Es wurde seitens der Lebensmittelkommission darauf hingewiesen, daß bereits im vorigen Jahre die Rheinprovinz denselben Schritt getan habe, und wir deshalb nichts neues täten, indem die Rheinprovinz 6000 Schüler für den vaterländischen Hilfsdienst freigegeben hätte. Alle diese Umstände haben uns veranlaßt, dem nachzugeben, da wir auf dem Standpunkte stehen, daß die Lebensmittelversorgung heute wichtiger ist als der Schulunterricht. Daß die Schuldeputation es allgemein lieber sehen würde, daß unsere Schüler den Schulunterricht regelmäßig in diesem Sommer besuchen, bezweifeln Sie wohl alle nicht. (Zustimmung.)

Was den dritten Punkt anbetrifft, den Herr Hormann erwähnte, so muß ich zugeben, daß einige Berichte sehr dringend sind. Ich kann aber gleich mitteilen, daß die zuletzt angeführten Sachen in Arbeit sind, und ich hoffe, daß sie der Bürgerschaft in Kürze vorgelegt werden können. Was ich persönlich daran tun kann, will ich gern versprechen und soll meinerseits geschehen. (Bravo!)

Herr Hagemeyer: Herr Präsident, meine Herren! Ich kann im wesentlichen das bestätigen, was Herr Dunkel über die Anforderungen seitens der Lebensmittelkommission für vaterländischen Hilfsdienst ausgeführt hat. Wir hatten selbst die Ueberzeugung, daß die Landwirtschaft und zwar auch die kleine Landwirtschaft eine große Anzahl von Hilfskräften gebrauchte, und wurden darin noch durch die militärischen Stellen bestärkt, daß wir so weit gehen mußten, alle einigermaßen geeigneten Schüler für solche Zwecke auszuwählen. Wir mußten damit rechnen, daß der weitaus größte Teil der älteren Schuljugend in Anspruch genommen wird, daß also die Klassen zum Teil 60—70%, 90—95% der Schüler hergeben mußten und daß nur 3, 4—10% in den Klassen blieben. Die Schulverwaltung mußte sich mit Recht sagen, daß da kein vernünftiger Schulunterricht mehr möglich sei. Es ist auch darauf hingewiesen worden, daß die Knaben und Mädchen, die sich für vaterländischen Hilfsdienst zur Verfügung gestellt hatten, nicht zurückgestellt werden sollten gegen die, welche den Unterricht weiter genießen.

Ich glaube, daß die Maßnahmen im Prinzip richtig sind. Nun hat sich dadurch, daß die Witterung die Arbeiten auf dem Lande vorübergehend verringerte

und durch die neue Organisation augenblicklich eine gewisse Verzögerung bei den Arbeiten ergeben, aber und wir brauchen unsere Jugend schon noch für unsere Lebensmittelproduktion. Wenn Herr Hormann tadelt — ich glaube, es sind 80 Schüler, die aus Bremen heraus in andere Gebiete gekommen sind — so haben wir unsererseits diese Schüler zur Zeit nicht nötig; sie lernen aber etwas für die kommende Arbeit, für die sie erforderlich sind, und dann sind sie, wenn sie auch nach Mecklenburg gekommen sind, auch in unserem Interesse tätig. Wir werden eine ganze Reihe von Hilfskräften nötig haben, um sie in die Gebiete zu schicken, mit denen wir Lieferungsverträge abgeschlossen haben.

Wir haben für 1½ Millionen Anbauperträge für Früchte, Gemüse abgeschlossen. Im vorigen Herbst haben wir gesehen, wie es Hamburg gemacht und in das Kartoffellieferungsgebiet Hilfskräfte hingeschickt hat, damals Frauen, um die Sachen mit herein zu schaffen. Und wenn man diesen Kreisen in dieser Weise eine Hilfe gibt, so bewirkt das, daß man in erster Linie bedient wird.

Herr Hormann: Selbstverständlich stehe auch ich auf dem Standpunkt, daß die Lebensmittelversorgung notwendiger und wichtiger ist als der Schulunterricht, und ich tadle auch nicht, daß der Schulunterricht ausfällt. Aber die Voraussetzung ist dabei, daß die Aussetzung auch wirklich notwendig ist. Und das scheint mir nicht der Fall zu sein, wenn ich höre, daß viele unserer Schüler nach Mecklenburg geschickt werden, wo der Schulunterricht nicht ausgesetzt ist. Ob es sich dabei um 80 oder um mehr oder weniger Schüler handelt, das spielt keine Rolle, es ist eine grundsätzliche Frage. Herr Dunkel hat uns gesagt, daß sich die Schuldeputation lange darüber unterhalten habe. Sollte damit ausgedrückt sein, daß es der Schuldeputation freigestanden habe, ihrerseits die Maßnahme allgemein oder teilweise zu treffen? Wie lautet die Verfügung der Generalkommandos? Hoffentlich kann uns der Herr Rechnungsführer darüber Auskunft geben. Ferner kommen an uns Anfragen und Beschwerden, daß die Schüler in der Landwirtschaft nicht voll beschäftigt werden könnten, daß sie an gewissen Stellen in so großer Zahl vorhanden seien, daß sie müßig gehen, daß sie sich nicht betätigen können, daß sie sich langweilen. Die Lebensmittelversorgung ist sehr wichtig, wenn es aber nicht absolut notwendig ist, unsere Schüler heranzuziehen und ganze Klassen zu schließen, dann störe man die Kreise der Schule nicht, der die Ausbildung des heranwachsenden Geschlechts obliegt! (Sehr richtig!)

Herr Dunkel: Die Schuldeputation ist nicht auf eine Verfügung des Generalkommandos vorgegangen, sondern aus dem Grund, weil es nach Ansicht der Lebensmittelkommission notwendig war, ältere Schüler zur Lebensmittelversorgung heranzuziehen. Da wir nun nicht die wenigen Schüler, die sich nicht freiwillig gemeldet hatten, bevorzugen konnten, haben wir den

Beschluß gefaßt, die Schulen für sämtliche älteren Schüler zu schließen. Denn wenn ein Drittel der Schüler den Unterricht weiter fortgesetzt, zwei Drittel sich in patriotischer Weise im Hilfsdienst betätigt hätten, dann wären zweifelsohne diejenigen Schüler, die den Unterricht wochenlang weiter genießen, bevorzugt. Das findet die Schuldeputation für nicht richtig, und ich glaube, wie das Herr Hagemeyer bereits ausgeführt hat, daß dadurch ein unhaltbarer Zustand herbeigeführt worden wäre, weil die Schüler, die den Unterricht nicht genießen, benachteiligt wären, was sich bei der Verlegung u. v. zeigen würde. Deshalb glaubte die Schuldeputation, es sei am richtigsten, nicht nur die betreffenden Schüler, sondern die ganzen Klassen vom Schulunterricht freizumachen.

Herr Direktor Dr. Diez: Herr Präsident! Meine Herren! Soweit mir bekannt, sind nirgendwo im deutschen Reich die Schulen in dem Umfange zum vaterländischen Hilfsdienst herangezogen worden, wie in Bremen. Soweit meine Auskünfte reichen, sind in keiner Stadt und in keinem Bundesstaat die Oberklassen für den ganzen Sommer geschlossen, wie bei uns. Es ist richtig, daß auch auswärts, besonders an höheren Schulen, in größerer Zahl Klassen zeitweise geschlossen und die Schüler der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt worden sind, aber eine solche Organisation, wie sie hier geschaffen worden ist, oder besser gesagt erst noch geschaffen werden soll — denn sie ist bei weitem noch nicht fertig, wie Herr Hagemeyer ja eben zugegeben hat — ist bisher nirgends sonst geschaffen worden. Ueberall findet die landwirtschaftliche Hilfsarbeit der Schüler im engsten Anschluß an die Schule statt. Die Schüler werden von der Schule zur Arbeit geschickt, wenn sie dort nötig sind, und wenn man sie nicht mehr braucht, lehren sie zum Unterricht zurück. So vermeidet man, soweit es geht, eine größere Schädigung in der geistigen Ausbildung der Schüler. Ich will heute nicht weiter darauf eingehen, ob es nötig war, so vorzugehen, wie es bei uns geschehen ist, ich möchte aber, da wir einmal über diese Frage sprechen, doch bitten, nochmals zu überlegen, ob es wirklich notwendig ist, den ganzen Sommer hindurch diese große Anzahl Schüler von der Schule fernzuhalten. Ich verstehe von der Landwirtschaft nichts, habe mich aber von Sachverständigen dahin belehren lassen, daß nicht für die ganze Zeit des Sommers eine so große Zahl von Hilfskräften notwendig sei. Es sind über den Hilfsdienst auch eine Reihe von Klagen eingelaufen, auf die ich hier nicht näher eingehen will, darauf muß ich aber hinweisen, daß sich durch den Schluß der Klassen auch Nachteile für die Schüler in bezug auf die vorzeitige Verlegung u. a. ergeben können. Jedenfalls muß die Organisation ganz anders gestaltet werden, als sie jetzt ist, wenn man erreichen will, daß der Nutzen, der der Landwirtschaft aus dem Hilfsdienst der Jugendlichen erwächst, einigermaßen im

Verhältnis steht zu dem großen und dauernden Schaden, der den Schülern durch den Schluß der Klassen sicher ist.

Herr Dunkel: Ich möchte nach den Ausführungen des Herrn Professor Diez erklären, daß selbstverständlich die Schuldeputation nicht auf dem Standpunkt steht, daß die Schulen den ganzen Sommer hindurch geschlossen sein müssen, wenn die Schüler für die Landwirtschaft nicht mehr nötig sind. Nach den Mitteilungen der Lebensmittelkommission ist die Schuldeputation zu der Ansicht gekommen, daß die Schüler für die Landwirtschaft notwendig sind. Unter diesen Umständen konnte die Schuldeputation nicht anders handeln. Sollte sich jedoch das Gegenteil herausstellen, so steht der Wiederaufnahme des Unterrichts nichts entgegen, und es ist bereits bei Ausarbeitung der Stundenpläne auf eine eventuelle Wiederaufnahme des Unterrichts Rücksicht genommen. Daß augenblicklich eine Stockung sozusagen in der landwirtschaftlichen Beschäftigung der Schüler eingetreten ist, daß eine Reihe von Schülern oder meinetwegen ganze Klassen nicht beschäftigt werden können, das liegt daran, daß die Organisation für die Landwirtschaft noch eine neue ist. Ich habe mit Herrn Hagemeyer die Ueberzeugung, daß, wenn die Sache sich etwas mehr eingearbeitet hat, sämtliche Schüler notwendig sind. Ich kann mir nicht denken, daß seitens der Lebensmittelkommission Zahlen gegeben seien, die nicht begründet sind. Deshalb möchte ich nochmals betonen, daß die Schuldeputation in diesem Falle auf Empfehlung und Anraten der Lebensmittelkommission gehandelt hat, jederzeit aber gern bereit ist, zu empfehlen, den Schulunterricht wieder aufzunehmen, wenn die Schüler im landwirtschaftlichen Dienst nicht mehr notwendig sind.

Präsident: Zu dieser Sache hat sich weiter niemand zum Wort gemeldet.

Herr Nieke: Wenn die Schulverwaltung gezwungen ist, Schulen für lange Zeit zu schließen, so ist das sehr zum Schaden der Schüler. Da nun für den Besuch der Schulen — mit Ausnahme für die unentgeltlichen Schulen — Schulgeld zu zahlen ist, so auch für sämtliche höhere Schulen, so haben sich nach dem Grundsatz, daß sich für eine Leistung auch eine Gegenleistung versteht, verschiedene Zahlungspflichtige aus diesem Grunde geweigert, die Quartalsrechnung an Schulgeld zu zahlen. Eine gewisse Berechtigung hierfür ist gewiß nicht zu bestreiten. Ich möchte mir deshalb die Anfrage an die Schuldeputation erlauben, ob dieselbe sich schon mit dieser Frage beschäftigt hat, wie sie sich die Regelung der Angelegenheit denkt.

Präsident: Herr Dunkel, wollen Sie sich dazu erklären? (Herr Dunkel zuckt die Achseln, er hat offenbar den Redner nicht verstanden.) Es hat sich sonst niemand zum Wort gemeldet.

2—3.

## 4. Städtisches Lyzeum mit Studienanstalt.

Senatskommissar Herr Senator Dr. Donandt: Hier hat die Budgetkommission den für die beiden Oberlehrer N. N. eingelegten Gehaltsatz von 10 800 M um die Hälfte gekürzt. Für die beiden Oberlehrer sind aber, was aus dem Budget nicht zu ersehen ist und der Budgetkommission daher nicht bekannt sein konnte, zwei Oberlehrerinnen mit dem Anfangsgehalt von je 3000 M angestellt. Es können deshalb von den für die Oberlehrer eingelegten 10 800 M nur 4 800 M abgesetzt werden, weil 6000 M für die beiden Oberlehrerinnen aus dieser Position bestritten werden. Es ergibt sich daraus, daß im ganzen statt der abgesetzten 10 150 M nur 9 550 M abgesetzt werden dürfen.

Herr Hormann: Die Streichung ist aus denselben Gesichtspunkten erfolgt, die ich schon vorher angeführt habe. Wenn der Budgetkommission die angeführten Tatsachen bekannt gewesen wären — auch in der Fußnote des Budgets ist darüber nichts enthalten — so würde sie etwas anderes beantragt haben. Ich ziehe deshalb den Antrag der Budgetkommission in deren Namen zurück, soweit mehr als 4 800 M von dem Gehalt der Oberlehrer abgestrichen werden sollen.

Präsident: Damit ist die Angelegenheit erledigt.

5—16.

## 17. Stadtbibliothek.

Senatskommissar Herr Senator Dr. Donandt: Hier ist von den für einen Kanzleihilfen vakant und für den Schreiber N. N. eingelegten 2950 M von der Budgetkommission die Hälfte, 1475 M gestrichen. Es müssen davon aber für Hilfskräfte, die angenommen sind, 1250 M ausgegeben werden, so daß nur 225 M abzusetzen sind. Ich möchte anheingeben, den Antrag der Budgetkommission dementsprechend zu ändern.

Herr Hormann: Die Budgetkommission ist damit einverstanden, daß nicht 1475, sondern nur 225 M abgesetzt werden.

Präsident: Damit ist die Angelegenheit erledigt.

## VI. Bauwesen.

## VII. Häfen und Eisenbahnen.

## VIII. Vermischte Einnahmen.

## IX. Reich und Auswärtiges.

## Außerordentliche Ausgaben.

## I. Bauten und Anlagen.

## II. Vermischte Ausgaben.

Präsident: Wir kommen nun zur Abstimmung über das Gesamtbudget in der üblichen Form:

Im übrigen genehmigt die Bürgerschaft das Budget in allen Positionen der Einnahmen und Ausgaben mit Einschluß der in den verschiedenen Spezialbudgets oder in den Begleitberichten beantragten Anstellungen, Gehaltserhöhungen und Uebertragbarkeiten.

Unter Berücksichtigung der vorstehenden Aenderungen würde sich nach der beifolgenden Zusammenstellung ein Fehlbetrag von . . . . . ergeben, den die Bürgerschaft beantragt, auf die Ueberschüsse früherer Jahre anzuweisen.

Das Budget wird in GesamtAbstimmung genehmigt.

Nr. IV der Tagesordnung:

### Mitteilung des Senats vom 24. April 1917:

#### 1. Haushaltsplan des Schlachthofes für das Rechnungsjahr 1917.

Herr Groninger: Herr Präsident! Meine Herren! Die Budgetkommission hat den Haushaltsplan geprüft und nichts dagegen einzuwenden. Sie bittet um Genehmigung der gestellten Anträge.

Herr Waigand: Herr Präsident, meine Herren! In dem letzten Absätze des Berichtes steht:

„Die Deputation glaubt deshalb, wieder in Vorschlag bringen zu sollen, die Generalkasse durch Beschluß von Senat und Bürgerschaft zu ermächtigen, mit einem Betrage bis zu 35 000 M. und zwar aus dem Fonds für „Außergewöhnliche Verwendungen“ gegen die übliche Verzinsung in Vorschuß zu treten.“

Wir sind dagegen. In dem Berichte steht, daß eine Reihe von kleineren Städten die Schlachtgebühren erhöht hätte, um das Defizit zu verhindern. Wir sind der Meinung, daß in Bremen die Schlachtgebühr höher gesetzt werden könnte. Der Fleischpreis ist in Bremen entsprechend hoch, so daß die Schlachter wohl diese Gebühr tragen könnten. Es ist aber notwendig, daß dann die Gebühr nicht auf die Verbraucher abgewälzt wird, sondern daß die Höchstpreise bestehen bleiben.

Ich stelle folgenden Antrag:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Schlachthofdeputation mit einem Bericht darüber zu beauftragen, wie das Defizit in Höhe von 35 000 M. durch Erhöhung der Schlachtgebühren zu begleichen ist.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Herr Sonnet: Herr Präsident, meine Herren! Ich glaube, es ist kaum nötig, diesen Antrag anzunehmen; ich erinnere daran, daß wir nach dem vorjährigen Voranschlag mit einem Fehlbetrage von über 300 000 M. zu rechnen hatten. Es läßt sich in dieser Kriegszeit nicht übersehen, wie das nachher auskommen wird.

Im vorigen Jahre waren 335 000 M. Fehlbetrag veranschlagt, wenn ich nicht irre, und die Sache ist jetzt so gelaufen, daß wir wahrscheinlich annähernd mit der Rechnung balancieren werden. Wie Sie aus dem Berichte sehen, sind die Zahlen nur ungefähr gegriffen; es ist unmöglich, genaue Zahlen einzustellen. Bei den Kriegsverhältnissen ist es eben unmöglich, genaue Unterlagen zu geben. Jetzt aber Erhöhungen für die Schlachtgebühren zu treffen, halten wir für unnötig, das wollen wir vermeiden. Das Defizit kann auf die Generalkasse angewiesen werden. Wahrscheinlich wird es nicht in die Erscheinung treten. Ich glaube, man kann von der Annahme des Antrages absehen.

Herr Waigand: Herr Präsident, meine Herren! Der Schlachthof hat durch die eingerichtete Militärschlachtereier entschieden einen Vorteil. Ich weiß, daß in Hamburg der Nutzen, der aus dieser Schlachtereier gezogen wird, durch die Genossenschaftsschlachtereier wieder der Allgemeinheit zunutze kommt, während hier der Betrieb einem Unternehmer, einem Privatunternehmer übertragen ist. Es ist fraglich, ob diese städtische Einrichtung dazu benutzt werden darf, um einen einzelnen Mann zu bereichern. Es wäre notwendig, daß unser Antrag angenommen wird und daß die Deputation berichtet, ob die 35 000 M. Defizit — es kann ja auch mehr sein — zu verhindern sind, so daß ein Defizit nicht eintritt. Es muß verhindert werden, daß dadurch das Fleisch verteuert wird. Wenn man die Statistik vergleicht, so ist der Fleischpreis in Bremen besonders hoch, höher als in vielen anderen Städten. Der Verdienst der Schlachter ist ausreichend, so daß sie den Ausfall tragen können.

Herr Sonnet: Die Annahme, daß die Einrichtung der Militärschlachtereier einem Einzelnen zugute kommt, trifft nicht zu. Wir können natürlich nicht wissen, welche Abmachungen der Unternehmer mit der Militärverwaltung getroffen hat. Die Einrichtungen des Schlachthofes sind aber der Militärbehörde direkt verpachtet. Wir bekommen das Geld von der Militärbehörde, und durch diese erheblichen Mehreinnahmen ist der Fehlbetrag vom vorigen Jahre in erfreulicher Weise herabgemindert worden. Durch die Schlachtgebühren wird der höhere Fleischpreis nicht bewirkt. Wir haben dies bei der letzten Erhöhung der Gebühren eingehend besprochen, und die Deputation ist damals mit den Sägen heruntergegangen, aber schon damals ist gesagt, daß diese geringen Gebühren einen erheblichen Einfluß auf die Fleischpreise nicht haben könnten.

Präsident: Wir haben über 3 Anträge der Deputation und über den Antrag Waigand abzustimmen. Ueber den Antrag 1 und 2 der Deputation und über den Antrag Waigand hat die Stadtbürgerschaft abzustimmen, über den Antrag 3 der Deputation die gesamte Bürgerschaft. Die Stadtbürgerschaft besteht aus sämtlichen von den städtischen Wählern in die

Bürgerschaft gewählten Vertretern, welche Angehörige dieser Gemeinde sind, also von den Herren der Klassen 1—4 und 7. Bezirk 1., soweit sie im Stadtgebiet Bremen wohnen.

Die Anträge der Deputation werden angenommen.

Der Antrag Waigand wird abgelehnt.

**3. Uebertragbarkeit von Positionen des Spezialbudgets Nr. 97, D. II. 2. Straßenreinigung und Abfuhrwesen.**

Der Antrag wird angenommen.

**4. Uebertragbarkeit von Positionen des Spezialbudgets Nr. 97, E. Kanalbauamt.**

Der Antrag wird angenommen.

**5. Rückerstattung der Straßenbeiträge für den Ausbau der Kattenturmer Heerstraße.**

Der Antrag wird angenommen.

Nr. V der Tagesordnung:

**Mitteilung des Senats vom 27. April 1917:**

**1. Nachbewilligung auf das Budget der Regierungskanzlei und Uebertragbarkeit der Ausgabeposten desselben.**

Der Antrag wird angenommen.

**2. Staatliche Anstellung des Garderobenspektors im Stadttheater.**

Präsident: Der Rechnungsführer der Deputation für das Stadttheater hat mir mitgeteilt, daß er die Absehung dieses Gegenstandes von unserer Tagesordnung wünscht; ich nehme an, daß die Bürgerschaft damit einverstanden ist. (Zustimmung.)

**3. Uebertragbarkeit von Positionen des Budgets des Amtsgerichts Bremen für 1916 und Nachbewilligung auf dasselbe.**

Der Antrag wird angenommen.

**4. Antrag, betreffend Verlegung der Nachmittags-Bureaustunden.**

Herr Hormann: Herr Präsident! Meine Herren! Der Bürobeamtenverein bearbeitet eine Eingabe, die an uns gerichtet werden wird. Dieselbe konnte noch nicht zur heutigen Sitzung fertiggestellt werden. Nach dem Grundsatz: „Eines Mannes Rede ist keines

Mannes Rede, man soll sie hören alle beide“, bitte ich, diesen Gegenstand von der heutigen Tagesordnung abzusehen. Wir können noch ruhig 14 Tage warten, bis der Bürobeamtenverein die Eingabe gedruckt vorlegen kann, und dann über die Angelegenheit weiter sprechen.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Der Antrag Hormann wird angenommen.

**5. Generalkasse. Uebertragbarkeit einiger Positionen.**

Der Antrag wird angenommen.

**6. Nachbewilligung auf das Budget der Deputation für das Gesundheitswesen.**

Der Antrag wird angenommen.

Nr. VI der Tagesordnung:

**Antrag,  
betreffend den Kleingeldmangel.**

Die Bürgerschaft hält, um dem bestehenden Kleingeldmangel abzuwehren, die baldige Einführung von Notstandsgeld für dringend erforderlich und ersucht den Senat, die Finanzdeputation mit einem schleunigen Bericht über diesen Gegenstand zu beauftragen.

Herr Rötting: Herr Präsident! Meine Herren! Es ist tatsächlich ein Bedürfnis vorhanden, um die Bevölkerung mit dem nötigen Kleingeld zu versorgen. Es kommt öfter vor, daß Waren nicht abgegeben werden, wenn man nicht das nötige Wechselgeld bei sich hat. Es ist eigentümlich, daß es Leute gibt, die sich sogar auf die Einbehaltung von Nickelgeld werfen. Bei Gold kann man sich das vorstellen, daß sich der eine oder andere noch ein Goldstück zurückbehalten hat, aber Nickelgeld! Das geht über mein Verständnis hinaus! In verschiedenen Städten des Reichs hat man sich genötigt gesehen, Kleingeld in Papier oder Aluminium oder anderen Metallen einzuführen. Wir haben hier ja auch 10- und 5-Pfennigstücke in Eisen. In Berlin gibt die Straßenbahn selbst Kleingeld aus. Auch hier soll in größeren Geschäften Wechselgeld für das eigene Geschäft ausgegeben werden, das nur in den betreffenden Geschäften selbst verwendet werden kann. Aus verschiedenen Städten ist gemeldet, daß sie Wechselgeld, 50-Pfennigscheine, herausgeben, und ich habe mir erlaubt, mit Genehmigung des Herrn Präsidenten dort einige Entwürfe auszuhängen mit einem Original-50-Pfennigschein aus Hamburg, Vorder- und Rückseite. Es sind mir durch liebenswürdiges Entgegenkommen noch zwei 50-Pfennig-Gutscheine, einen

der Handelskammer Hannover, auch einen 50-Pfennigschein des Rats der Stadt Leipzig, übersandt. So haben sich viele andere Städte bemüht, den bestehenden Kleingeldmangel zu beheben. Deshalb habe ich Veranlassung genommen, den Antrag zu stellen, und bitte, ihn zu unterstützen. Ich habe um einen dringenden Bericht gebeten und hoffe, daß wir durch Einführung der 50-Pfennigscheine bald in der Lage sein werden, dem Kleingeldmangel abzuhehlen. (Beifall.)

Herr Rebelthau: Herr Präsident! Meine Herren! Als Rechnungsführer der Finanzdeputation kann ich den Antrag Rötting begrüßen und befürworten, ihn anzunehmen. Auf Einzelheiten will ich heute nicht eingehen, dazu wird Gelegenheit sein, wenn der geforderte Bericht der Finanzdeputation zur Beratung steht. Wir stimmen alle darin überein, daß zur Behebung des Kleingeldmangels etwas geschehen muß. Fraglos würde das zweckmäßigste Mittel, um Abhilfe zu schaffen, das sein, daß sich die Reichsbank dazu entschliesse, große Beträge in Darlehenskassenscheine zu 50 Pfennigen in Umlauf zu setzen. Die Handelskammer hat sich dieserhalb bereits an das Reichsbank-Direktorium gewandt, hoffentlich mit Erfolg. Selbstverständlich läßt sich noch nicht übersehen, wie weit die Eingabe der Kammer eine Wirkung haben wird. Daher bin ich mit Herrn Rötting darin einverstanden, daß wir auch unsererseits etwas tun sollten, um der Knappheit an Kleingeld zu begegnen. Ich will nur noch kurz erwähnen, daß die Generalkasse bereits seit einiger Zeit vorbereitende Schritte in der Richtung getan hat, so daß wir das weiter erforderliche, wie ich hoffe, baldigst in die Wege leiten können.

Herr van der Ende: Ich möchte Sie auch bitten, den Antrag anzunehmen. (Zuruf: Er wird ja angenommen, wir sind alle dafür!) Wir wollen uns nicht darauf verlassen, daß das von der Reichsbank gemacht wird. Es ist dringend notwendig, daß die Sache so rasch wie möglich erledigt wird. In hiesigen Geschäften, so wird mir gesagt, hilft man sich mit allen möglichen Sachen, man gibt Briefmarken zurück, oder man muß schließlich kaufen, was man gar nicht gebrauchen kann, nur um eine glatte Zahl herauszubekommen. Es ist dringend notwendig, daß die Sache so rasch wie möglich gemacht wird. Ich bitte daher um Annahme des Antrages und auch darum, daß die Sache möglichst rasch in Gang kommt.

Herr Heinken: Was die Finanzdeputation heute zugelagt hat, ist ja sehr erfreulich, aber ich meine, die Finanzdeputation hätte das schon eher machen müssen. Wenn wir so lange säumen, sind wir wieder die letzte von allen Städten. Auch Bremerhaven ist der Vaterstadt vorangegangen. In meiner Tätigkeit beim Roten Kreuz habe ich es erfahren, daß oft bitter darüber geklagt wird, daß Frauen unter Umständen wieder weggeschickt werden müssen: wir können nicht auszahlen, weil wir kein Kleingeld haben. Besonders fehlt es an 50-Pfennigstücken. Auf die Reichsdarlehenskassenscheine sollten wir nicht warten, sondern Bremen sollte mit der Ausgabe von Kleingeld vorgehen, das an Ort und Stelle angefertigt und mit dessen Herstellung bremische Gewerbetreibende beauftragt werden müssen.

Der Antrag wird angenommen.

Schluß der Sitzung 9 Uhr 12 Minuten.

Faint, illegible text in the left column, possibly bleed-through from the reverse side of the page.

Faint, illegible text in the right column, possibly bleed-through from the reverse side of the page.

Large area of extremely faint, illegible text at the bottom of the page, likely bleed-through from the reverse side.